

Niederschrift
über die
Sitzung des Regionalrates
am 25. März 2010
in Wilnsdorf

Beginn: 09:30 Uhr
Ende: 13:00 Uhr
Anwesende: siehe Anwesenheitsliste (Anlage I)

Tagesordnung für die Sitzung des Regionalrates am 25. März 2010

1. Regularien
2. Änderung des Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen – Energieversorgung
 - Vortrag von Frau Ministerialrätin Kirsten Kötter, Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen
3. Förderung/Bauprogramme
 - a) Regionale Kulturförderung
 - Abwicklung 2009
 - Beratung 2010Vorlage 03/02/10
 - b) Förderprogramm für den kommunalen Straßen- und Radwegebau
 - Abwicklung Förderprogramm 2009
 - Beschluss über den regionalen Vorschlag 2010Vorlage 04/02/10
4. Nach „Kyrill“: Neue Perspektiven für die Tourismuswirtschaft
 - Vortrag von Herrn Thomas Weber, Geschäftsführer des Sauerland-Tourismus e.V.
 - InformationVorlage 05/02/10
5. REGIONALE 2013
 - Information über den Stand der Projekte und FörderverfahrenVorlage 06/02/10
6. Fortschreibung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Arnsberg, Teilabschnitt Oberbereich Dortmund – östlicher Teil – (Kreis Soest und Hochsauerlandkreis)
 - Beratung zum weiteren VerfahrensablaufVorlage 07/02/10
7. Besetzung der Kommissionen
 - Beratung und Beschlussfassung
8. Mitteilungen und Anfragen
9. Auswirkungen des Wegfalls von Mitteln nach § 45 a Personenbeförderungsgesetz auf den ländlichen ÖPNV
 - Beratung und Beschlussfassung
10. Pilotprojekt „PPP-Modell Landesstraßen in Südwestfalen und Sauerland-Hochstift“
 - Beratung

- zu TOP 1: Der Vorsitzende, Herr **Droege**, eröffnet die Sitzung des Regionalrates und stellt fest, dass hierzu ordnungsgemäß eingeladen wurde.
- Er begrüßt die Bürgermeisterin der Gemeinde Wilnsdorf, Frau **Schuppler**, als Gastgeberin.
- Weiterhin heißt er Frau **Ministerialrätin Kötter**, Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie NRW, und den Geschäftsführer des Sauerland-Tourismus e. V., Herrn **Weber**, willkommen.
- Der Vorsitzende begrüßt Herrn **Regierungspräsidenten Diegel**, Frau **Regierungsvizepräsidentin Geiß-Netthöfel** und die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung sowie Frau **Duffe** als neue Mitarbeiterin der Geschäftsstelle.
- Nachfolgend richtet Frau **Bürgermeisterin Schuppler** Grußworte an die Sitzungsteilnehmer.
- Der Vorsitzende stellt die um TOP 9 und TOP 10 erweiterte Tagesordnung fest.
- Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird das Ratsmitglied Bernd **Banschus** benannt.
- Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:
Der Regionalrat genehmigt die vorliegende Niederschrift über die konstituierende Sitzung des Regionalrates am 04. Februar 2010.
- zu TOP 2: Frau **Ministerialrätin Kötter** informiert anhand der als Anlage II beigefügten PowerPoint-Präsentation über die Änderung des Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen – Energieversorgung.
- Herr **Hansen** erkundigt sich vor dem Hintergrund, dass Windkraftanlagen im Wald nur eine minimale Fläche (unter 2.500 m²) in Anspruch nähmen, ob es nicht möglich sei, Sonderregelungen für die Investition in Windkraftanlagen in walddreichen Regionen zu finden.
- Frau **Ministerialrätin Kötter** erwidert, eine 2 MW-Windkraftanlage bedeute einen erforderlichen freien Abstand von 70 m. Wenn man eine konkrete Nutzung im Wald freigebe, wecke dies Begehrlichkeiten für andere Nutzungen. Ggf. könne man über eine Differenzierung je nach Walddreichtum nachdenken.
- Herr **Brunsmeyer** empfindet die Aussage zur Nutzung der Kernenergie im letzten Satz auf Seite 9 des Änderungsentwurfes: „Die Nutzung der Kernenergie zu Forschungszwecken ist davon unberührt“ als „besonders verheerend“, weil hierdurch alle Tore für deren Nutzung in NRW geöffnet würden. Von den Industrie- und Umweltverbänden gebe es eine gemeinsame Einschätzung, dass der Entwurf eine Planungsunsicherheit auslösen werde, da durch den Kabinettsbeschluss beispielsweise Gemeinderäte, Kreistage oder der Regionalrat schon an die neuen Festlegungen gebunden seien. Er ruft dazu auf, in der Stellungnahme des Regionalrates zu der Änderung des LEP auf die Notwendigkeiten und Chancen für die hiesige Region einzugehen, die seiner Ansicht nach im Bereich Re-Kommunalisierung, Dezentralisierung, Kraft-Wärme-Kopplung und erneuerbare Energien lägen. Im Bereich Windkraftanlagen werde eine regionale Lösung benötigt. Der Regionalrat solle sich aktiv einbringen.

Herr **Ewald** schlägt vor, eine Arbeitsgruppe zu bilden, die die vorgesehene Stellungnahme aktiv und konstruktiv begleitet. Herr **Reuter** plädiert dafür, die Thematik im üblichen Prozedere und im Übrigen im Regionalplan abzuhandeln.

Herr **Regierungspräsident Diegel** erklärt, Herr Brunsmeier habe beim Thema Kernenergie bewusst den 1. Satz auf Seite 9 des Änderungsentwurfes verschwiegen, womit die Landesregierung die wirtschaftliche Nutzung der Kernenergie ausschließe. Es sei nicht frevelhaft, dass man auch in diesem Bereich weiter forsche.

Für die Weiterentwicklung neuer alternativer Energieformen sei die hiesige Region eine der prädestinierten. Den Unterschieden der Regionen Westfalen und Rheinland dürfe man sich nicht verschließen. Es müsse eine klare Handschrift für die Region zu erkennen sein, da man sonst für diese unglaubliche Chancen vertue, appelliert er an Frau Ministerialrätin Kötter. Er pflichtet Herrn Brunsmeier bei, dass in der Dezentralisierung und der Kommunalisierung die Chancen für die Region liegen könnten.

zu TOP 3a: Herr **Salomon** erläutert die auf entsprechende Bitten in der Sitzung der Strukturkommission aktualisierten Informationen sowie Sachberichte zu Projekten des Jahres 2009, die als Tischvorlagen ausliegen.

Nach Rücksprache mit der Staatskanzlei sei eine weitere Vorverlegung aufgrund der erst zum 30.09. erfolgenden Einbringung des Haushalts in den Landtag nicht in Aussicht gestellt worden. Am meisten Einfluss könne in der Phase vom 30. September bis 30. November, auch durch die Teilnahme von Regionalratsmitgliedern an den Sitzungen der Beiräte in der jeweiligen Region genommen werden.

Herr **Droege** betont, dass zwischenzeitlich ein hohes Maß an Transparenz erreicht worden sei. Auch ohne Einbringung des Landeshaushalts könne durch die Setzung von Prioritäten entschieden werden. Möglicherweise könne das Thema in der kommenden Sitzung des Ältestenrates nochmals vertieft werden.

Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:

1. Der Regionalrat nimmt die Abwicklung 2009 zur Kenntnis.
2. Der Regionalrat berät die Projektplanungen zur Regionalen Kulturpolitik für das Jahr 2010 (Anlage 1 der Vorlage).

zu TOP 3b: Herr **Zeppenfeld** möchte wissen, ob es möglich sei, dass Kommunen Maßnahmen vorfinanzierten und diese später nachbewilligt werden könnten, da einige der im mittelfristigen Programm enthaltenen Straßen aufgrund des Winters in einem schlechten Zustand seien.

Eine Bewilligungszusage könne nicht gegeben werden, da das kommunale Straßenbauförderungsprogramm nach Haushaltslage und Prioritätensetzung jährlich neu beschlossen werde, erläutert Herr **Milk**. Es bestehe die Möglichkeit, Maßnahmen an kommunalen Straßen über das Konjunkturpaket II zu finanzieren, wenn es zu einer wesentlichen Lärmminimierung komme, d. h. Flüsterasphalt eingesetzt werde. Vom Bundes- und Landesverkehrsminister seien jeweils Sonderprogramme angekündigt worden, deren Höhe noch nicht ersichtlich sei, da sie von der Bestandsaufnahme abhängen.

Herr **Abel** fordert, die Maßnahmen an Straßen nicht aus dem Konjunkturpaket II zu bestreiten, welches eine andere Zielrichtung habe, sondern vielmehr den Kommunen die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:

1. Der Regionalrat nimmt die Information zur Kenntnis.
2. Der Regionalrat beschließt den regionalen Vorschlag zum Förderprogramm „Kommunaler Straßen- und Radwegebau 2010“.

Zu TOP 4: Die Folien zu der Präsentation von Herrn **Weber** sind als Anlage III beigefügt.

Herr **Melcher** hebt die pragmatische Hilfe der Landesregierung im Rahmen von „Kyrill“ hervor. Ein großes Lob wolle er insbesondere der Bezirksregierung Arnsberg aussprechen, ohne deren Einsatz – zusammen mit den Tourismus-Organisationen – es problematischer geworden wäre.

Es entstehe gelegentlich der Eindruck, als gehe es um die Förderung von Tourismusbetrieben. Es gehe aber darum, die Region – vor allem für die Bevölkerung selbst – attraktiv zu machen. Die Regionalratsmitglieder sollten in Ihren Bereichen als Botschafter fungieren. Es gehe hauptsächlich darum, diese Region auch für den Zuzug attraktiv zu machen, nicht um die Sicherung einzelner Betriebe.

Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:

Der Regionalrat nimmt die Information zur Kenntnis.

zu TOP 5: Auf in der Strukturkommission geäußerte Bitten liegt eine Tischvorlage hinsichtlich einer ausführlicheren Beteiligung des Regionalrates am REGIONALE-Prozess aus.

Herr **Aßhoff** erläutert den Sachstand und weist darauf hin, das Ergebnis der Sitzung des REGIONALE-Ausschusses am 24. März 2010 habe nicht in die Vorlage eingearbeitet werden können. Dem Protokoll soll daher auf Vorschlag von Herrn **Droege** eine aktualisierte Projektübersicht beigefügt werden.

Anmerkung: Die aktualisierte Übersicht wird der Vorlage zum Thema REGIONALE für die 3. Sitzungsperiode beigefügt.

Herr **Reuter** legt dar, in der Strukturkommission sei ein gewisses Unbehagen der Regionalratsmitglieder hinsichtlich der Beteiligung deutlich geworden. Er plädiert aus Sicht der CDU-Fraktion dafür, keine eigene Kommission für eine bessere Einbindung des Regionalrates einzurichten, sondern eine Unterkommission zur Strukturkommission aus stimmberechtigten Regionalratsmitgliedern zu bilden.

Herr **Melcher** betont, es bestehe das gemeinsame Ansinnen, die Region nach vorne zu bringen und über REGIONALE-Projekte weiter zu profilieren. Er begrüße daher das Interesse des Regionalrates an dem Prozess. Wenn mit dem Wort „Gremien“ im letzten Satz der Tischvorlage die des Südwestfalen-Prozesses gemeint seien, weise er darauf hin, dass es sehr wohl weiterhin einen klassischen Unterschied geben müsse. Die REGIONALE sei ein spezielles Landesprogramm, in dessen Rahmen die Regionen aufgerufen seien, sich zusammenzufinden, d. h. Interkommunalität zu erzeugen. Diese werde durch die kommunalverfassungsrechtlich legitimierten Gremien sichergestellt. Im Rahmen der Kreation von Projekten müsse man auch dort den kommunal organisierten Willensbildungsprozess begreifen und als inhaltlich abschließend betrachten. Die Entscheidung über eine Landesförderung sei Sache des Landes, wobei der Regionalrat im internen Willensbildungsprozess – wie bei allen Landesförderprogrammen – berufen sei.

Nach Ansicht von Herrn **Droege** macht es hochgradig Sinn, eine Vernetzung und Verknüpfung herbeizuführen und zu einer höheren Transparenz, zu einer Beschleunigung, vielleicht auch Effizienzsteigerung beizutragen, da es sich

bei der REGIONALE nicht vorrangig um eine rein kommunale Veranstaltung handele und der Regionalrat spätestens institutionell bei Förderfragen im finanz- und förderrechtlichen Sinn beteiligt sei.

Herr **Hoffmann** kündigt an, dem Vorschlag nicht zuzustimmen, da es sich bei der REGIONALE um ein außergewöhnliches Programm mit einer besonderen Zielsetzung und formellen Regeln handele. Die vorgeschlagene Vorgehensweise konterkarriere die Projekte der REGIONALE nachhaltig.

Der Regionalrat fasst bei **einer Gegenstimme** und **einer Enthaltung mehrheitlich** folgenden **Beschluss**:

1. Der Regionalrat nimmt die Information zur Kenntnis.
2. Der Regionalrat beschließt die Bildung einer Unterkommission der Strukturkommission, insbesondere zur Sicherstellung der frühzeitigen und umfassenden Information über das Verfahren und die Kriterien bei der Beschlussfassung über die zur Förderung anstehenden Projekte.
3. Es besteht Einvernehmen darüber, dass dieser Unterkommission stimmberechtigte Mitglieder des Regionalrates angehören sollen. Der Regionalrat verständigt sich auf den Vorsitzenden sowie die Fraktionsvorsitzenden von CDU und SPD als Mitglieder der Unterkommission.

zu TOP 6: Herr **Niermann** regt an, den Beschlussvorschlag im Sinne der betroffenen Kommunen geringfügig zu ändern.

Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:

1. Der Regionalrat berät den weiteren Verfahrensablauf hinsichtlich der zeitlichen Ausgestaltung der Beteiligungsfrist für die Beteiligung der öffentlichen Stellen und Personen des Privatrechts gemäß § 4 Raumordnungsgesetz (ROG).
2. Der Regionalrat verlängert die Frist für den Hochsauerlandkreis, den Kreis Soest, die IHK Arnsberg und die Kommunen, die bis zum 24. Februar 2010 noch keine abschließende Stellungnahme abgegeben haben, bis zum 16. April 2010 und die Frist für das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW (LANUV) antragsgemäß um 2 Wochen.

zu TOP 7: Herr **Droege** erläutert, der in der konstituierenden Sitzung gefasste Beschluss zur Bildung der Kommissionen entspreche nach rechtlicher Prüfung durch die Bezirksregierung dem Selbstorganisationsrecht des Regionalrates und sei juristisch nicht zu beanstanden. Herr Hoffmann sei über das Ergebnis der rechtlichen Prüfung informiert worden (s. Anlage IV). Seitens der Bezirksregierung sei angeregt worden, die Geschäftsordnung des Regionalrates entsprechend zu ändern. Dies solle in der Ältestenratssitzung thematisiert werden.

Auf Bitte von Herrn Hoffmann wird diesem die Überlassung des Vermerks über die rechtliche Prüfung zugesagt. Herr Hoffmann stellt sich nicht als Mitglied der Verkehrskommission zur Verfügung und benennt noch kein Mitglied.

Herr Hansen informiert, die Benennung der stellvertretenden Mitglieder der Kommissionen verzögere sich noch.

Der Regionalrat fasst **keinen Beschluss**.

zu TOP 8: Es wurden zwei Mitteilungen versandt, zu denen es keine Wortmeldungen gibt.

Weiterhin liegen Anfragen der SPD-Fraktion zu der Bahnhofsmodernisierungsoffensive (1. Stufe) und zu der Umsetzung der Ziel 2-Wettbewerbsverfahren sowie die schriftlichen Antworten der Verwaltung hierzu vor (s. Anlagen V bis VII).

zu TOP 9: Die CDU- und die SPD-Fraktion haben einen gemeinsamen Antrag gestellt, der als Anlage VIII beigefügt ist.

Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:

Der Regionalrat beauftragt die Bezirksregierung, sich in den nächsten Monaten bei der Landesregierung aktiv für eine gerechte und auskömmliche Mittelverteilung einzusetzen und darüber in der nächsten oder übernächsten Sitzung des Regionalrates zu berichten.

zu TOP 10: Die CDU- und die SPD-Fraktion haben einen gemeinsamen Resolutionsentwurf eingereicht (s. Anlage IX).

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Siebert vom Landesbetrieb Straßenbau NRW, Regionalniederlassung Südwestfalen. Herr **Siebert** informiert anhand des als Anlage X beigefügten PowerPoint-Vortrages.

Herr **Ewald** bittet Herrn Siebert, er möge das Anliegen des Regionalrates an das Land weitergeben. Die betroffenen Unternehmen hätten sich auch an die Landräte gewandt, die seines Wissens ein ähnliches Schreiben unterzeichnet hätten. Herr **Rickert** bestätigt, der Landrat des Hochsauerlandkreises habe gestern ein gleich lautendes Schreiben unterzeichnet, das politisch breit gestreut werde.

Herr **Reuter** schlägt vor, im Entwurf die Überschrift in PPP in der Straßenunterhaltung zu ändern und den Bezug zur Ortsumgehung Kierspe als Neubauprojekt zu streichen. Messlatte sei die Mittelstandsfreundlichkeit mit einer ausgewogene Verteilung der Risiken gewesen, was im Bezug auf die südwestfälischen mittelständischen Unternehmen nicht gewahrt sei.

Herr **Hoffmann** fragt, ob es richtig sei, dass die Ausgestaltung der Ausschreibung mit dem Verband der mittelständischen Wirtschaft abgestimmt worden sei.

Herr **Siebert** erläutert, vorab habe es eine Machbarkeitsstudie gegeben, wobei Banken, Industrie und mittelständischem Gewerbe im Rahmen eines Forums die Chance eingeräumt worden sei, Vorstellungen zu entwickeln. Die Netzgröße von 100 km sei – auch von Banken wegen des Kreditvolumens – als unterste Grenze gesehen worden. Er weist darauf hin, dass die Unterhaltung weiterhin von den Straßenmeistereien betrieben werde. Das PPP-Netz wäre als Erhaltungsmaßnahme in gleicher Form haushaltstechnisch nicht machbar gewesen.

Der Regionalrat beschließt bei **einer Enthaltung einstimmig** folgende

**Resolution
des Regionalrates Arnsberg
„PPP im Straßenerhalt“**

A. Ausgangssituation:

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat vor einiger Zeit zwei Pilotvorhaben aufgelegt mit dem Ziel, die Sanierung und den Erhalt von zweimal 100 km Landesstraßen in Südwestfalen durch private Unternehmer finanzieren und ausführen zu lassen. Es handelt sich um

sog. Public-Private-Partnership-Modelle, abgekürzt PPP-Modelle. Beide Wettbewerbsverfahren stehen vor dem unmittelbaren Abschluss. Eine Vergabeentscheidung ist für den Juli 2010 vorgesehen.

Ein wesentliches politisches Ziel war die Einbindung mittelständischer Unternehmen. Die Verfahren sollten mittelstandsfreundlich ausgestaltet sein. In der Region Südwestfalen erwarten rund 100 mittelständische Unternehmen mit über 1000 Arbeitsplätzen eine faire Chance zur Teilnahme am Wettbewerb, z.B. auch in der Form von Arbeitsgemeinschaften.

Die südwestfälischen Unternehmen haben sich in unterschiedlichen Konstellationen an der europaweiten Ausschreibung beteiligt. Ein Zuschlag an sie ist vermutlich nicht möglich.

Als wesentliche Hemmnisse für eine erfolgreiche Teilnahme des südwestfälischen Mittelstandes haben sich ergeben:

1. die Komplexität des Vergabeverfahrens (z.B. geforderte Referenzen, Transparenz von Bewertungskriterien, Vertragswerk erfordert hohe externe Beratungskosten für mittelständische Bieter)
2. die ausgeschriebenen Losgrößen
3. vor allem die Schwierigkeiten des regionalen Kreditgewerbes, unter den vorgegebenen Bedingungen zinsgünstige und wettbewerbsfähige Vorfinanzierungen zur Verfügung zu stellen.

Es steht zu befürchten, dass große internationale Konzerne im Verein mit Großbanken diesen und weitere Wettbewerbe gewinnen werden, auf diese Weise in den Markt der Sanierung der öffentlichen Straßeninfrastruktur landes- und bundesweit eintreten und **auf Dauer** durch den Einsatz von Leiharbeitskräften aus Billiglohnländern den Mittelstand und die von ihm bereitgestellten Arbeitsplätze existentiell bedrohen.

B. Forderungen an die Landesregierung:

Der Regionalrat fordert deshalb die Landesregierung auf:

1. Das Vergabeverfahren ist einzustellen, da das wesentliche Ziel, dem Mittelstand eine faire Chance zur Teilnahme am Wettbewerb zu geben, aus den zuvor genannten Gründen (Komplexität des Verfahrens, Losgrößen, „Kreditklemme“) aktuell nicht erreicht werden kann.
2. Es müssen in künftigen Verfahren mittelstandsfreundliche Losgrößen gewählt werden. Eine Losgröße von 100 km widerspricht dem Ziel der Mittelstandsfreundlichkeit.
3. Die Landesregierung wird in der Presse zitiert mit der Absicht, weitere PPP-Modelle auf den Weg zu bringen. Diese Überlegungen sind solange zurückzustellen, bis die Landesregierung die tatsächliche Mittelstandsfreundlichkeit aufgrund von Erfahrungen in sachgerecht angelegten Pilotvorhaben verifiziert hat.“

Der Vorsitzende beendet die Sitzung um 13:00 Uhr.

.....
Droege, Vorsitzender

.....
Banschkus, Ratsmitglied

.....
Launhard, Schriftführerin

ANLAGEN

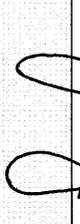
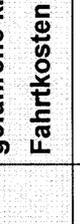
Anwesenheitsliste

für die Sitzung des
Regionalrates
am 25. März 2010
in Wilnsdorf

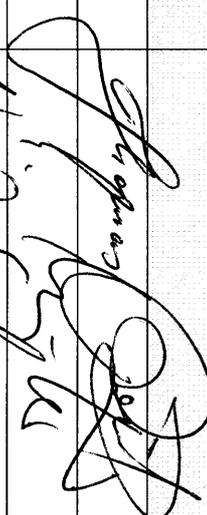
Beginn: 09:30 Uhr

Ende: 13:00 Uhr

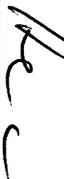
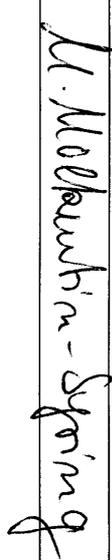
Stimmberechtigte Mitglieder

Name	Abfahrtszeit	gefahrte km bzw. Fahrtkosten	*Unterschrift
Abel, Roland	8:00	38	
Banschkus, Bernd	07:15	116	
Becker, Horst	7:45	144	
Dahlhoff, Jürgen	07:00	18 mit H. Niermann Erfahren	
Droege, Hermann-Josef		—	
Ewald, Wolfgang		140	
Hansen, Fred Josef		128	
Hoffmann, Axel		164	
Kramer, Rolf	7:30	208	
Niermann, Guido		300	

*mit meiner Unterschrift beantrage ich gleichzeitig Sitzungsgeld und Fahrtkosten entsprechend der Regionalräte-Verordnung zum Landesplanungsgesetz

Name	Abfahrtszeit	gefahrene km bzw. Fahrtkosten	*Unterschrift
Reitz, Thomas	7 ⁰⁰ 77 ⁰⁰	220 227	
Reuter, Elmar	7 ⁰⁰ 72 ⁰⁰	218 187	
Schneider, Hans-Walter	7 ⁰⁰ 72 ⁰⁰	218 187	
Schulte, Ludwig	7 ²⁰ 72 ⁰⁰	187	
Zeppenfeld, Friedhelm	8 ¹⁰	84	

Beratende Mitglieder

Name	Abfahrtszeit	gefahrene km bzw. Fahrtkosten	*Unterschrift
Arenz, André	8 ¹⁵	80	
Brase, Willi			entschuldigt
Brunsmeyer, Klaus	8 ⁴⁰	130	
Haardt, Ottmar			entschuldigt
Hemme, Fritz	7 ³⁰	2 x 110	
Molkentin-Syring, Monika	8 ³⁰	54	

*mit meiner Unterschrift beantrage ich gleichzeitig Sitzungsgeld und Fahrtkosten entsprechend der Regionalräte-Verordnung zum Landesplanungsgesetz

Müller, Martina				
Niemand, Meinolf	9.02			
Römer, Wolfgang	07.30	22847 (Wur + Bsch)		
von Buchwald, Werner	07.45	2 x 128 km		Wagner & Brückner Präsident Dressel-Krüger
Hochsauerlandkreis				
Märkischer Kreis				
Kreis Olpe				
Kreis Siegen-Wittgenstein	—	—		
Kreis Soest				

Kommissionsmitglieder, die nicht dem Regionalrat angehören

Name	Abfahrtszeit	gefahrenene km bzw. Fahrtkosten	*Unterschrift
Goesmann, Gritta			

*mit meiner Unterschrift beantrage ich gleichzeitig Sitzungsgeld und Fahrtkosten entsprechend der Regionalräte-Verordnung zum Landesplanungsgesetz

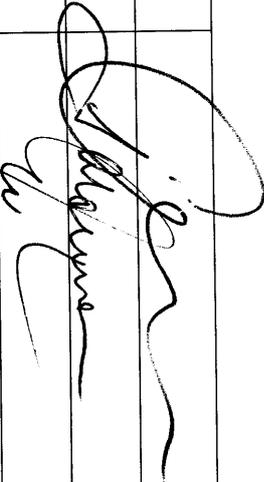
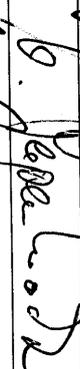
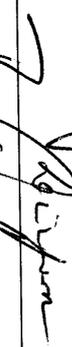
Gäste

Name	Unterschrift
Kötter, Kirsten MWME NRW	
Schuppeler, Christa Bürgermeisterin Gemeinde Wilnsdorf	
Siebert, Ludger Landesbetrieb Straßenbau NRW	
Weber, Thomas Sauerland-Tourismus e.V.	

Bezirksregierung Arnsberg

Name	Unterschrift
Diegel, Helmut Regierungspräsident	
Geiß-Netthöfel, Karola Regierungsvizepräsidentin	
Milk, Volker Abteilungsleiter	

*mit meiner Unterschrift beantrage ich gleichzeitig Sitzungsgeld und Fahrtkosten entsprechend der Regionalräte-Verordnung zum Landesplanungsgesetz

A3hoff, Ferdinand Abteilungsleiter	
Salomon, Christian Abteilungsdirektor	
Müller, Bernd Abteilungsdirektor	
Kirchner, Michael Abteilungsdirektor	
Richard, Hildegard Regionalplanerin	
Dietz, Iris Dez. 32	
Schilling, Frauke Dez. 34	
Papenbrock, Andreas Dez. 34	
Roderfeld, Martin Dez. 35	
Fehrmann, Mady Dez. 48	
Hellmann, Friedrich-Karl Geschäftsstelle	
Launhard, Karen Geschäftsstelle	
Duffe, Birgit Geschäftsstelle	

Mennwerkes, Andreas
Dez. 65

Di.
Vorleuer, Axel

Möller, Claudia




*mit meiner Unterschrift beantrage ich gleichzeitig Sitzungsgeld und Fahrtkosten entsprechend der Regionalräte-Verordnung zum Landesplanungsgesetz



1. Änderung des Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen - Energieversorgung -

Dipl.-Ing. Kirsten Kötter
Referat 324 "Braun- und Steinkohlenplanung, Rohstoffsicherung, Geologie"



Zielsetzung

Eine nachhaltige, d.h. dauerhaft sichere, kostengünstige, klima- und umweltverträgliche Energieversorgung durch:

1. Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien,
2. Einsatz der Kraftwärmekopplung,
3. Erneuerung des Kraftwerksparks in Nordrhein-Westfalen.



Ausgangslage

1. Vorrang erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz)
2. CO₂-Zertifikate-Handel der EU
3. Alter des Kraftwerksparks in Nordrhein-Westfalen



1. Vorrang für erneuerbare Energien

- bis 2020: 30 % der Stromversorgung
- bis 2050: 50 % der Stromversorgung?
- vorrangige Einspeisung ins Netz



2050: 70 - 50 % der Stromversorgung durch konventionelle Kraftwerke



2. CO₂-Zertifikate-Handel der EU

- Cap setzt EU-weit Obergrenze
- ab 2013 Reduzierung der CO₂-Zertifikate



Kraftwerke mit höherem Wirkungsgrad verdrängen ältere ineffiziente Anlagen



3. Alter des Kraftwerksparks in Nordrhein-Westfalen

- 44 % der Kraftwerke sind älter als 30 Jahre.
- 32 % der Kraftwerke sind sogar älter als 40 Jahre.



Erneuerung des Kraftwerksparks erforderlich.



Erneuerbare Energien

- **Erstmalig Vorgaben zur planerischen Steuerung von**
 - **Windkraft-,**
 - **Solarenergie- und**
 - **Biogasanlagen.**
- **Konflikte mit anderen Raumnutzungen verringern**
- **LEP benennt Räume, in denen Standorte für erneuerbare Energien**
 - **möglich sind,**
 - **Einschränkungen unterliegen,**
 - **ausgeschlossen sind.**



Kraft-Wärme-Kopplung

- Energieeffizienz von Kraftwerken kann durch Kraft-Wärme-Kopplung erhöht werden.
- Voraussetzung: Kraftwerke und Wärmenutzer müssen möglichst nah zusammengebracht werden.

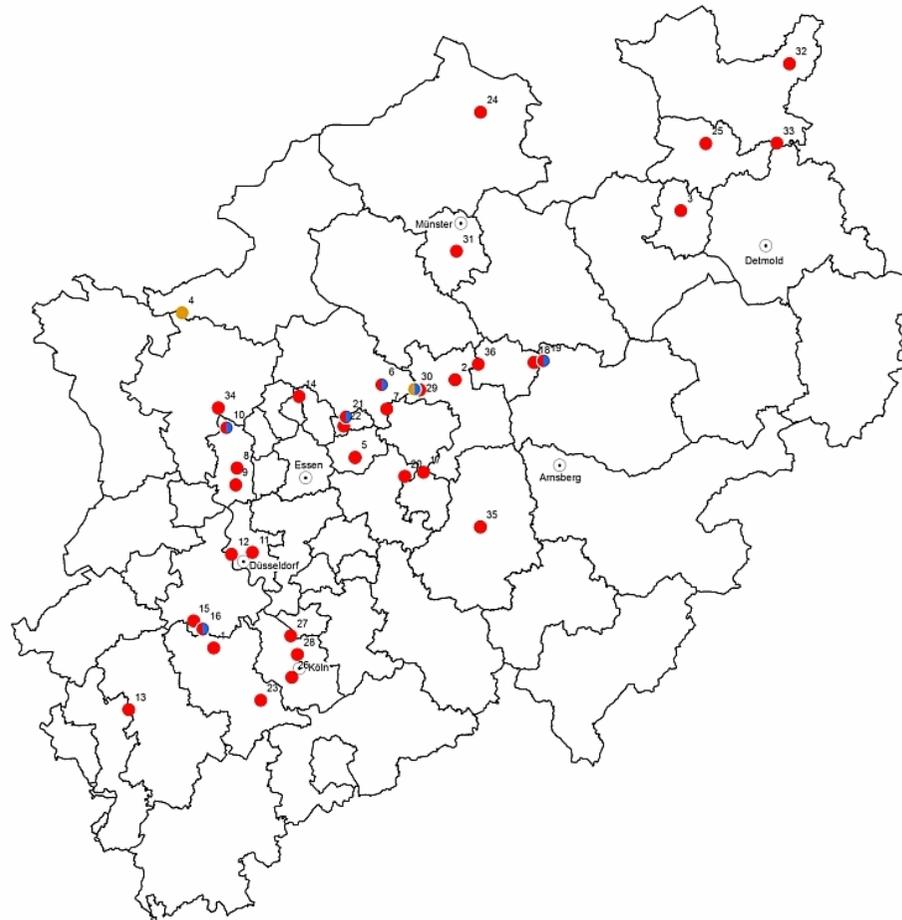


Öffnung der Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen für Kraftwerksnutzungen.



Kraftwerkserneuerung

- 1. Festlegung von 36 Kraftwerksstandorten als Vorranggebiete im LEP:**
 - 34 bestehende Kraftwerke
 - 2 genehmigte Kraftwerke
- 2. LEP-Standorte sind in Regionalpläne als Vorranggebiete zu übernehmen und räumlich zu konkretisieren.**
- 3. Neubau, Ersatz und Erweiterung möglich, wenn Vorgaben des Bau- und des Bundesimmissionsschutzrechtes beachtet werden.**



Kraftwerksstandorte

1 Bergheim	Niederaußem
2 Bergkamen	Heil
3 Bielefeld	Mitte
4 Bocholt	Liedern
5 Bochum	Weilmar
6 Datteln	Meckinghoven
7 Dortmund	Brüninghausen
8 Duisburg	Hochfeld
9 Duisburg	Wanheim
10 Duisburg	Walsum
11 Düsseldorf	Flingern
12 Düsseldorf	Hafen
13 Eschweiler	Weisweiler
14 Gelsenkirchen	Scholven
15 Grevenbroich	Frimmersdorf
16 Grevenbroich	Neurath
17 Hagen	Bathey
18 Hamm	Uentrop
19 Hamm	Schmehausen
20 Herdecke	Herdecke
21 Herne	Baukau
22 Herne	Eickel
23 Hürth	Knapsack
24 Ibbenbüren	Schalberg
25 Kirchlingern	Osterfeld
26 Köln	Südstadt
27 Köln	Merkenich
28 Köln	Niehl
29 Lünen	Lünen
30 Lünen	Lippolthausen
31 Münster	Hafen
32 Petershagen	Lahde
33 Porta Westfalica	Veltheim
34 Voerde	Möllen
35 Werdohl	Elverlingsen
36 Werne	Stockum

Legende

- Sitz der Regionalen Planungsbehörde
- bestehende Kraftwerke (34 Standorte)
- genehmigte Kraftwerke (2 Standorte)
- Baumaßnahmen an bestehenden Standorten
- Baumaßnahmen an genehmigten zusätzlichen Standorten
- Kreise

Bearbeitung und Kartographie:
Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und
Energie des Landes Nordrhein-Westfalen
1:1.000.000



Abkehr von der bisherigen Angebotsplanung

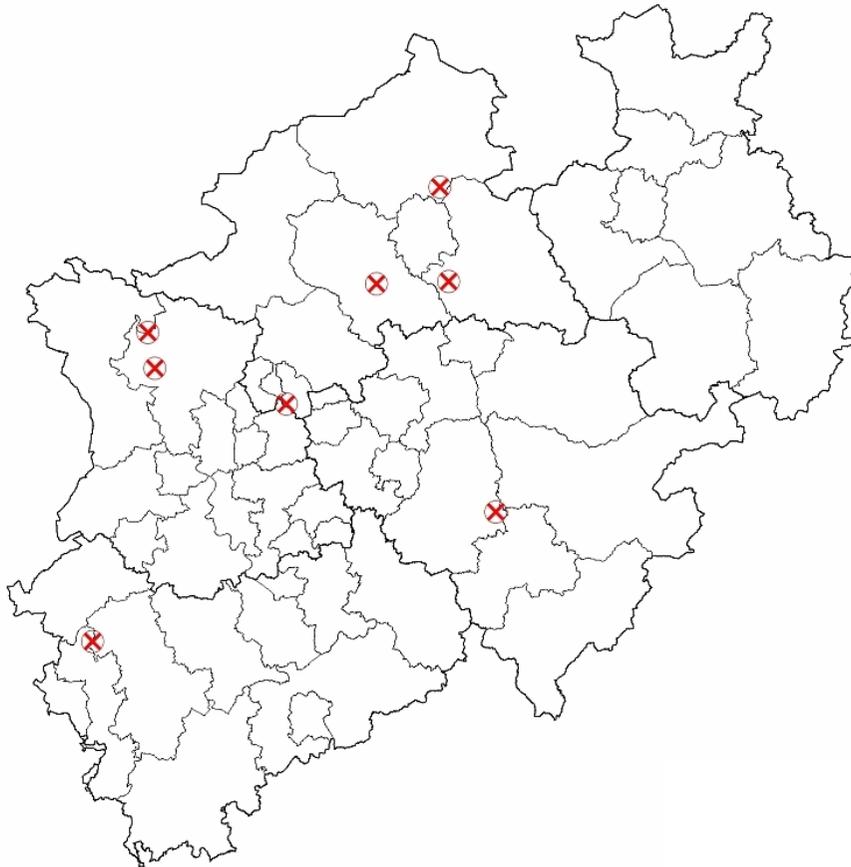
Umwandlung von Vorratsflächen der 70er Jahre in Freiraum



- **Sicherung der vorhandenen Infrastruktur**
- **Kein Neubau von Kernkraftwerken in Nordrhein-Westfalen**



Umwandlung von Vorratsflächen der 70er Jahre in Freiraum



Umgewandelte Kraftwerksstandorte

- 1 Alpen,
- 2 Bislich-Vahnum,
- 3 Aldenhoven-Siersdorf,
- 4 Greven-Ost,
- 5 Dülmen-Hiddingsel,
- 6 Drensteinfurt,
- 7 Gelsenkirchen-Heßler,
- 8 Plettenberg-Siesel

Legende

- umgewandelter Kraftwerksstandort
- Regierungsbezirke
- Kreise



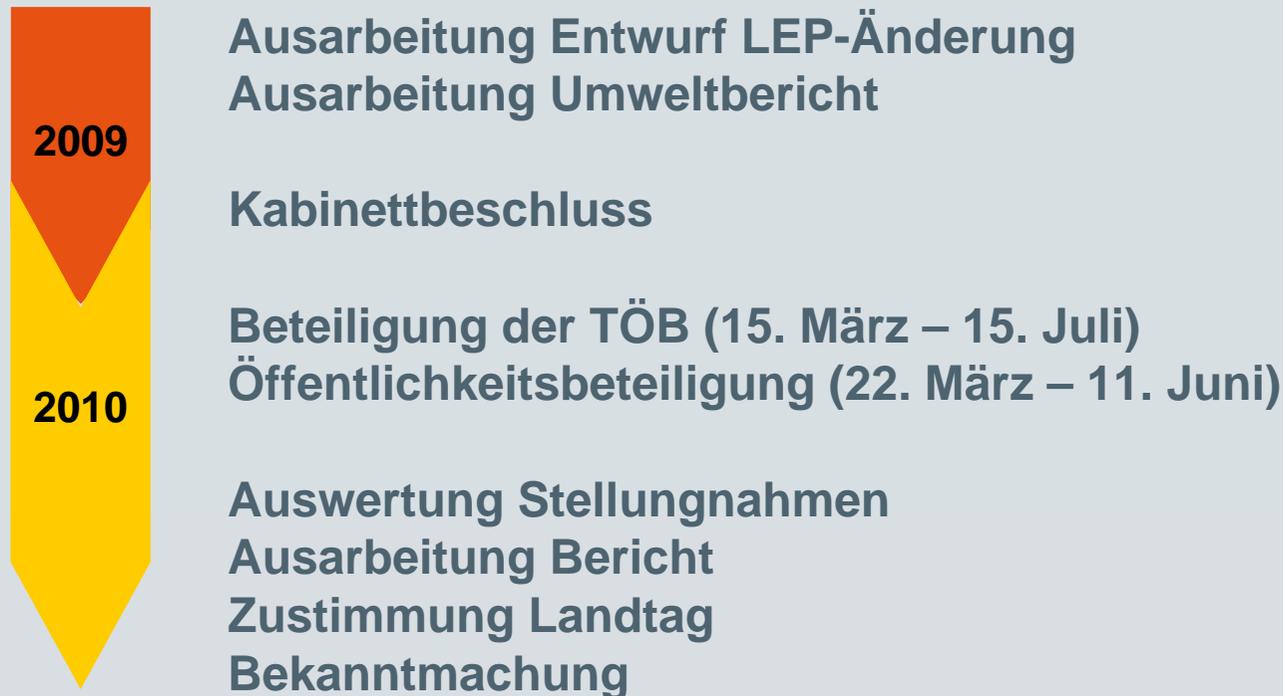
Fazit

LEP-Änderung setzt energie- und klimapolitische Vorgaben der Landesregierung um und leistet einen wesentlichen Beitrag zur

- Senkung der CO₂-Emissionen und somit zum Klimaschutz
- Schonung der Ressourcen fossiler Energieträger,
- Erhöhung der Versorgungssicherheit und
- Verringerung der Abhängigkeit von Importenergieträgern.



Zeitplan für die 1. Änderung des LEP NRW





**Vielen Dank für
Ihre Aufmerksamkeit!**

Neue Perspektiven für die Tourismusswirtschaft



www.sauerland.com

Sauerland-Tourismus e. V.



- **Mitglieder:**
Hochsauerlandkreis, Kreis Olpe, Märkischer Kreis, Kreis Soest, Landkreis Waldeck-Frankenberg,
43 Städte/Gemeinden/örtl. Tourismusorganisationen,
21 Organisationen/Privatwirtschaft
- **Vorstand:**
4 Kreisvertreter, 4 Kommunalvertreter,
4 Privatwirtschaft; Vorsitzender: Theo Melcher
- **Team Sauerland-Tourismus e. V.:**
11 Team-Mitglieder, 3 Projektmitarbeiter



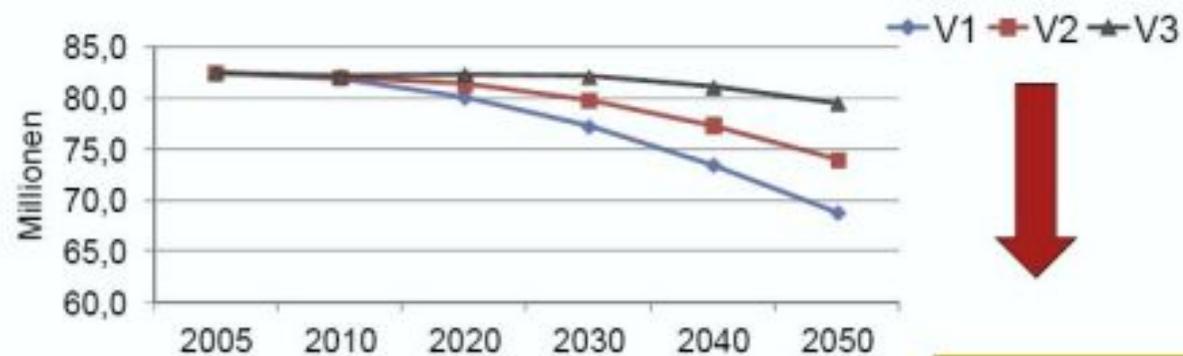
Sauerland-Tourismus e. V.

- **Hauptaufgabe:**
Förderung des Tourismus im Sauerland
- **Hauptziel:** Halten der Gäste- und Übernachtungszahlen durch Vermarktungsaktivitäten
- Serviceaufgaben für Mitglieder, z. B. Marktforschung, Wissenstransfer
- Qualitätsmanagement
- Lobbyarbeit
- u.v.m.



Gästepotenzial Bevölkerungsentwicklung

Entwicklung der Zahl der Bevölkerung in Deutschland bis 2050



Quelle: Statistisches Bundesamt Deutschland, 11. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung - Annahmen und Ergebnisse

Variante 1- niedrige Zuwanderung und Basiswert für Lebenserwartung; Variante 2- Basisannahme zur Lebenserwartung und mittlere Annahme zum Wanderungssaldo; Variante 3- hohe Zuwanderung und hohe Zunahme der Lebenserwartung

Immer weniger Deutsche!



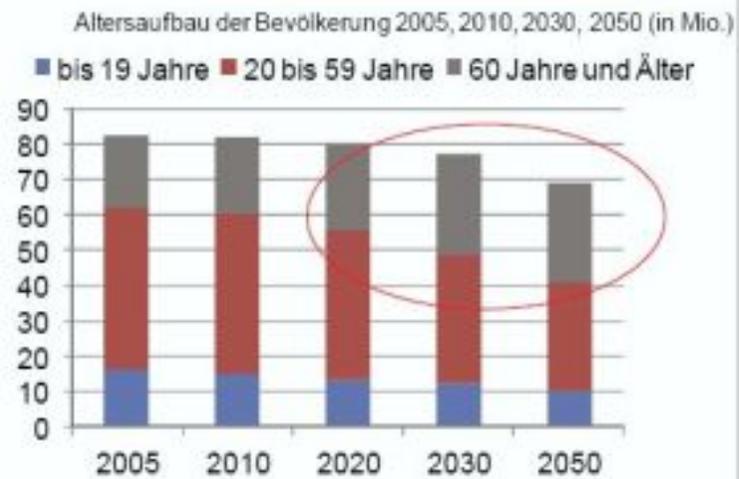
Altersentwicklung

Immer mehr ältere Deutsche !

Anteil der über 60 Jährigen

- 2005: 24,9 %
- 2010: 26,3 %
- 2020: 30,6 %
- 2050: 40,4 %

= Steigerung von 1/4 auf über ein 1/3 der Bevölkerung

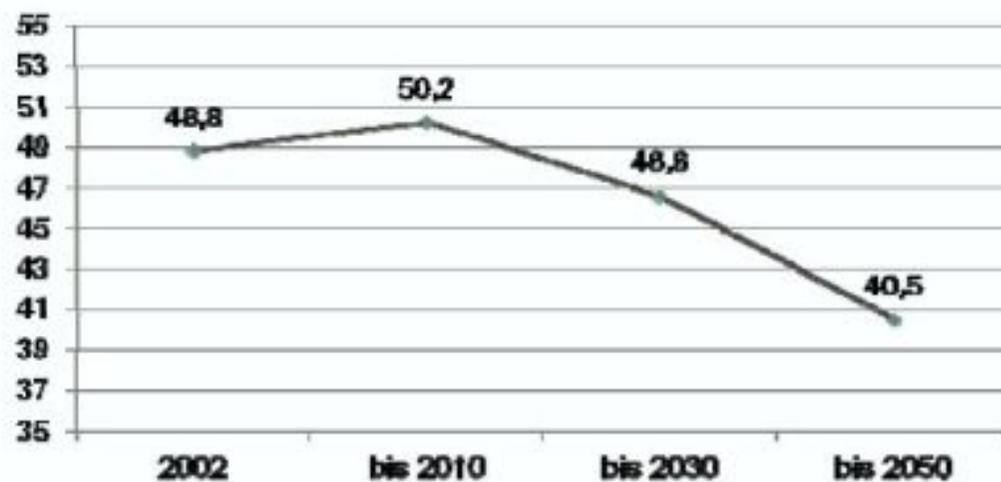


Quelle: Statistisches Bundesamt Deutschland, 11. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung - Annahmen und Ergebnisse

Starthilfe und Unternehmensförderung



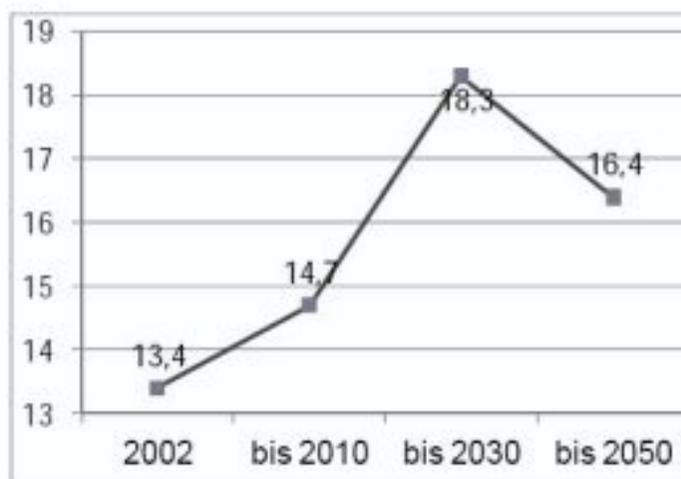
Reiseentwicklung Prognose deutscher Urlaubsreisenden



Quelle Universität Trier 2004b, nach Haehling 2004, S. 48



Reiseentwicklung Prognose deutscher Urlaubsreisenden 60 +



Allerdings
Zuwachs
bei Reisen
von Älteren!

Starthilfe und Unternehmensförderung

Quelle Universität Trier 2004b, S. 57, auf der Basis von Haehling et al. 2004



Chancen Bevölkerungsentwicklung

- **Prognose:**
Immer weniger deutsche Gäste, die immer älter werden
- **Chance:**
Einstellung der Tourismusangebote auf ältere und gebrechlichere Gäste, verstärkte Bewerbung ausländischer Gäste

Starthilfe und Unternehmensförderung



- (1) Globalisierung
- (2) Demografischer Wandel
- (3) Zugang zu Informationen
- (4) „Erlebnisökonomie“
- (5) Individualisierung des Konsums (Customisation)
- (6) Nachhaltigkeit
- (7) Gesundheit und Wellness
- (8) Low Cost Business-Modelle



Die deutschen Mittelgebirge

	ÜN 2007
Schwarzwald	19.295.516
Bayerischer Wald	7.096.384
Sauerland	6.998.847
Eifel / Ardennen	6.669.398
Teutoburger Wald	6.515.330
Harz	6.114.326
Rhön	4.600.923
Schw.Alb	4.510.126
Thüringer Wald	4.406.747
Pfalz	3.757.800
Odenwald	3.133.357
Erzgebirge	2.969.701
Spessart	2.422.948
Hunsrück	2.266.302
West erwald	2.172.543
Lahnt al	1.800.000
Vogelsberg	1.798.904
Sächsische Schweiz	1.474.709
Fichtelgebirge	1.178.740
Oberpfälzerwald	884.565
Fränkische Schweiz	858.343
Frankenwald	852.309
Zittauer Gebirge	450.000
	92.227.818



Handlungsvorgabe Masterplan NRW



Handlungsvorgabe Masterplan NRW

Denken in Ziel- u.
Lebenszyklusgruppen

Handeln in Kompetenznetzwerken



Strategische Ziele Tourismus Nordrhein-Westfalen

Entwicklung des Bundeslandes zu einer pulsierenden und attraktiven Destination:

- Die Tourismusstrategie ist integraler Bestandteil der Standortstrategie.
- Es erfolgt eine Fokussierung auf besonders potenzialträchtige Zielgruppen.
- Die Ressourcen und Kompetenzen werden gebündelt.
- Das Bundesland profiliert sich mit qualitativ hochwertigen Angeboten.
- Die Professionalisierung wird weiter vorangetrieben.



Masterplan Tourismus NRW



	BUSINESS	Gesundheit/ Wellness	Kultur	Aktiv	Stadt	Event
Junge Singles und Paare 	> MICE			> Outdoor-Events > Funsport	> Großereignisse im Bereich Sport und Kultur (Konzerte, Love Parade)	> Überregionale Ereignisse mit Charakter des Besonderen
Erwachsene Paare 		> Wellness > Verwöhnen > Ernährungsthemen	> Unterhaltungskultur > Hochkultur	> Fahrrad fahren > Golf spielen	> Stadtreise i.V.m. kurzweiliger Kultur und Gourmet-erlebnis	
Familien 				> Fahrrad fahren > Funsport > Ski-/ Wintersport	> Tagesreise > Shopingerlebnis > Events, Kultur	
Aktive Best Ager 		> Wellness > Prävention	> Hochkultur > (Lokalkultur)	> Wandern > Nordic Walking	> Stadtreise i.V.m. kurzweiliger Kultur und Gourmet-erlebnis	
Bodenständige Best Ager 		> Kur > Medical Wellness	> Lokalkultur i.V.m. lokalen Events	> Wandern		> Lokale Events

Empfehlung nach Roland Berger Analyse
 Verknüpfung mit diesen Schwerpunkten möglich und sinnvoll

Differenzierung der Themen nach Zielgruppen

Quelle: Roland Berger

Denkvorgabe Regionale Südwestfalen 2013



Südwestfalen



Regionale Südwestfalen 2013

Tourismus für Bürger, die Wirtschaft und
Arbeitsplätze

Ein neues Bild des Sauerlandes und des
Siegerlandes bilden und
branchenübergreifend vermitteln



Tourismus-Kompass Regionale Südwestfalen 2013

zwei Hauptentwicklungslinien:

1. Kultur
2. Vitalität

zwei Breitenthemen:

1. Naturlebensraum
2. lebendige Betriebe



Tourismus-Kompass Regionale Südwestfalen 2013

Ziele:

nachhaltige Förderung des Zusammenwachsens der einzelnen Kreise zu einer modern strukturierten, effizient arbeitenden und damit wettbewerbsfähigen Region

Konzentration auf herausragende Projekte mit regionaler und überregionaler Strahlkraft, die den hohen Anforderungen der Region an Innovationskraft, Nachhaltigkeit und Qualitätsbewusstsein gerecht werden



Tourismus-Kompass Regionale Südwestfalen 2013

Derzeitig geplante touristische Regionaleprojekte der gesamten Region:

„Der bewegte Mensch“ mit Siegerland-Wittgenstein zusammen

„NaturKind & Technik“ mit Siegerland-Wittgenstein zusammen

„Die Südwestfalenkarte“ mit Siegerland-Wittgenstein zusammen

„Das Betriebsberatungsnetzwerk“



Das neue Bild vom Sauerland – Der eigene Weg



Das neue Bild vom Sauerland – der eigene Weg

Basis allen Handelns: Marktforschung

- Evaluierung Tourismusarbeit Sauerland
- Qualitätsmonitor Deutschland
- Gästebefragungen
- Mafo mit der Wirtschaftsförderergesellschaft



„Sehnsucht nach dem Sauerland“



„Emotionen wecken“

Sauerland
KERNGESUND





Sauerland

KERNGESUND

Kerngesund – die „Sauerlandisierung“
der Angebote

Der Weg zur Marke – Markenkern: kerngesund



Markenwerte



aktiv



natürlich



ursprünglich



Raumloses Denken in Routen



Kooperieren & Koordinieren...

... mit Partnern aus der Wirtschaft

... mit Partnern aus Verbänden

... mit Partnern aus der Wissenschaft

... mit Partnern aus der Gesellschaft

... mit Partnern aus Nachbarregionen



Qualität & Service

Sauerland Tourismus-Akademie

ServiceQ Deutschland

Zertifizierung nach einheitlichen
Standards



Empfehlungsmarketing in Zeiten des Social Media



Hotel und Restaurant Rödger Hof
Rödgenerstrasse 102, 57234 Wilsdorf - Rödgen

Gesamt 8,7

Hotelpersonal	8,7
Dienstleistungen	7,5
Sauberkeit	9,7
Konfort	8,6
Preis-Leistungs-Verhältnis	7,9

Individuelle Gästebewertungen:

- Johannes** (29. August 2008): 10/10. "De eigenaar wachte tot ik er was (22:30 uur) Service daarna nog nodig een drankje. Zeer prettige ervaring. De dit familie hotel staat service hoog in het vaandel."
- Philippe** (5. August 2008): 9/10. "Simplicité, accueil du personnel"
- Gerard** (11. April 2008): 8,5/10. "Personal treatment"
- Nerea** (4. April 2008): 8,5/10. "they don't have WiFi and Visa payment is not possible"

Suchoptionen: Versuche auch Folgendes: zoff sauerland sauerlandlied

Sauerland
Mein Herz schlägt für das Sauerland
★★★★★ vor 2 Jahre 199.623 Aufrufe 19dan

Sauerland lied
ja das sauerland
★★★★★ vor 2 Jahre 199.623 Aufrufe 19dan

Suchen: Uploads von allen sauerland-höherflug

Tiefenthal ★★★
Wandsbeker Marktstr. 109, 22041 Hamburg - Wandsbek
14.11.07 11:44

Bewertung

keine Bewertung	1-2 mangelhaft	3-4 ausreichend
5-6 befriedigend	7-8 gut	9-10 sehr gut

Bewertung im Detail

Freundlichkeit des Empfangs	8,2/10
Servicebereitschaft des Personals	8,1/10
Atmosphäre im Hotel	7,9/10
Zimmergröße	6,9/10
Zimmerausstattung	7,7/10
Hotelausstattung	7,5/10
Sauberkeit	8,3/10
Sanitäre Einrichtungen	8,3/10
Wellness-Bereich	x/x
Frühstücksleistung	7,8/10
Restaurantleistung	x/x
Preis-Leistungsverhältnis	7,6/10
Paketleistung, wenn gebucht	x/x

Zur Buchung

Bürger als Botschafter

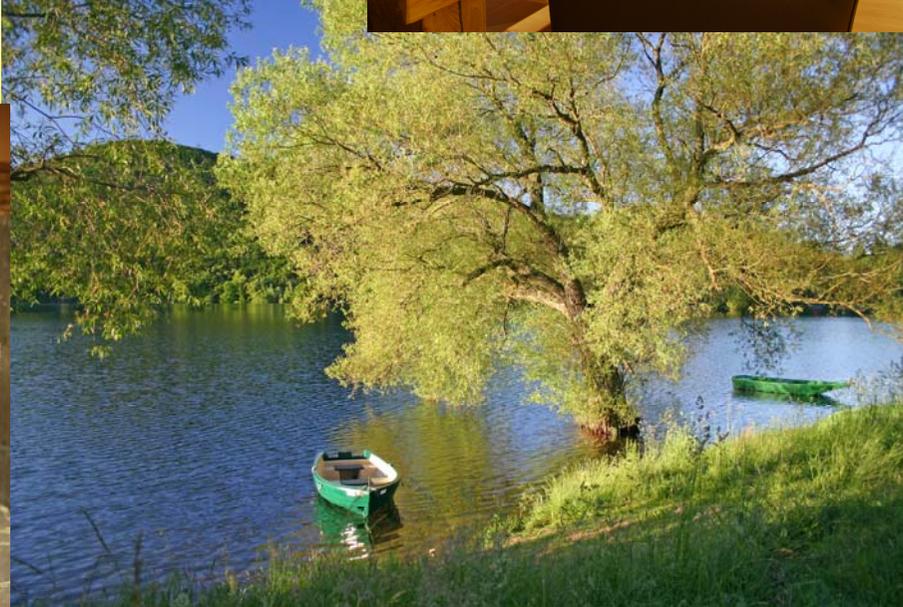
- ... überzeugte Sauerländer sind die besten Botschafter!
- ... nur selbstbewusste Regionen sind auch erfolgreich!
- ... wenn alle mitmachen, ist Empfehlungsmarketing glaubwürdig, authentisch und vor allem bezahlbar



**Masterplan NRW
&
Regionale Südwestfalen
&
Der eigene Weg
=**

Das neue Sauerland





Konzentration auf die eigenen Stärken

- Nutzen und Vermarkten der eigenen touristischen Angebote, Produkte, Dienstleistungen, z.B. Sauerländer Küche
- Schaffung kleiner Kreisläufe: ökonomisch und ökologisch arbeiten und leben
- Mit der Handwerkskammer:
Themen Stil & neues Sauerland Design
Thema Betriebsattraktivierung und Energieeffizienz
Thema Sauerland-Mobiliar u.ä.



Die politische Botschaft: Tourismus hat Mehrwert

Investitionen in Freizeit und Tourismus
immer Benefit für Alle, z.B.

Schaffung und Nutzung neuer
Verkehrsangebote:

- Rad- u. Wanderrouten
- Uferpromenaden an den Seen
- Abellio Rail
- Ruhrtalbahn
- Bahnhöfe neu inszenieren u.v.m.



Ziel:
dem Tourismus eine
geeinte Linie geben





Regionalrat des Regierungsbezirks Arnsberg
Der Vorsitzende

Per Fax vorab

Herrn
Axel Hoffmann
Mühlenweg 4
58579 Schalksmühle

Geschäftsadresse des Regionalrates:
Regionalrat o/o Bezirksregierung Arnsberg
Postfach
59817 Arnsberg

Geschäftsadresse des Vorsitzenden:
Vorsitzender des Regionalrates
o/o IHK Siegen
Koblenzer Str. 121
57072 Siegen

23. März 2010

Regionalrat; Bildung der Kommissionen

Sehr geehrter Herr Hoffmann,

in der konstituierenden Sitzung des Regionalrates bestand Dissens, ob und inwieweit die erfolgte Beschlussfassung zur Bildung der Kommissionen zulässig oder evtl. rechtlich zu beanstanden sei.

Die Bezirksregierung hat zwischenzeitlich entsprechend der in der Sitzung erteilten Zusage eine rechtliche Prüfung vorgenommen, deren Ergebnis ich Ihnen hiermit kurz mitteilen darf:

Die Beschlussfassung ist grundsätzlich juristisch nicht zu beanstanden, da der Regionalrat in Bezug auf seine „inneren Angelegenheiten“, also insbesondere zu der Frage, wie er seine eigene Arbeit organisiert, weitestgehende Freiheit hat. Dieses Entscheidungsermessen basiert auf dem sog. Selbstorganisationsrecht gem. § 10 Landesplanungsgesetz. Da die Bildung von Kommissionen und die Bestimmung von deren inhaltlichen Zuständigkeiten unzweifelhaft zu den Kernfragen dieses Selbstorganisationsrechts gehört, muss auch deren Zusammensetzung in das Entscheidungsermessen des Regionalrates als insgesamt entscheidendem Organ gestellt sein.

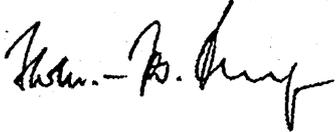
Eine in diesem Bereich vorgenommene Beschlussfassung wäre allenfalls zu beanstanden, wenn sie offenkundig gegen grundlegende demokratische Regeln, und damit höherrangiges Recht, verstoßen würde.

Da im Ergebnis die nun beschlossene Regelung, gegen die Sie sich gewendet haben, nicht gegen das Demokratieprinzip oder das Teilhaberecht verstoßen, besteht mithin kein Anlass, die getroffene Entscheidung zu revidieren.

Gern nehme ich allerdings den ergänzenden Hinweis der Bezirksregierung im Zuge ihrer rechtlichen Prüfung auf, die diskutierte (Einzel-)Beschlussfassung mit dem Ziel einer grundsätzlichen Regelung über diesen Einzelfall hinaus in der Geschäftsordnung des Regionalrates zu verankern. Hierzu werde ich als Vorsitzender in einer alsbald anzuberaumenden Sitzung des Ältestenrats einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten, der dann der abschließenden Beschlussfassung des Regionalrates insgesamt bedarf.

Sehr geehrter Herr Hoffmann, ich hoffe sehr, dass wir vor dem Hintergrund dieser rechtlichen Sachverhaltsbeurteilung künftig zu möglichst einvernehmlichen Entscheidungen in vergleichbaren Fragen kommen.

Mit freundlichen Grüßen



Droege
Vorsitzender

Kopie:
Herrn Regierungspräsident Helmut Diegel
Geschäftsstelle des Regionalrats, Herrn Hellmann



Bezirksregierung Arnsberg

Geschäftsstelle des Regionalrates

E-Mail-Adresse: geschaeftsstelle.regionalrat@bezreg-arnsberg.nrw.de

Tel.: 02931/82-2341, 2324 oder 2306 **Fax.:** 02931/82-46177

Arnsberg, den 22. März 2010

An die
Mitglieder des Regionalrates
und die Kommissionsmitglieder,
die nicht Mitglieder des Regionalrates sind

zu TOP 8: Anfragen

Anfrage der SPD-Fraktion zur Bahnstationsmodernisierungsoffensive (1. Stufe)

Sehr geehrte Damen und Herren,

die als Anlage beigefügte Anfrage der SPD-Fraktion zur Bahnstationsmodernisierungsoffensive (1. Stufe) vom 08. März 2010 ist Ihnen mit E-Mail vom selben Tage übermittelt worden. Der Sachstand der hierin erwähnten Maßnahmen stellt sich laut Mitteilung des Zweckverbandes Nahverkehr Westfalen-Lippe wie folgt dar:

Maßnahme	vorgesehene/erfolgte Fertigstellung	Bemerkung
Grevenbrück	Sommer 2010	
Kirchhündem	Mai 2010	
Kreuztal	Juli 2008	
Littfeld	September 2008	
Plettenberg	Sommer 2010	
Siegen-Weidenau	Ende 2008	Beseitigung von Gewährleistungsmängeln
Soest	November 2009	Abschluss von Restarbeiten im Sommer 2010

Die Projekte liegen in der Bauverantwortung der Deutschen Bahn AG.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Friedrich-Karl Hellmann



SPD im Regionalrat des Regierungsbezirks Arnsberg
Wolfgang Ewald, Vorsitzender, Cheruskerweg 4, 58509 Lüdenscheid

Bezirksregierung Arnsberg
Herr Regierungspräsident
Helmut Diegel
Seibertzstraße 1
59821 Arnsberg

Wolfgang Ewald
Vorsitzender
Cheruskerweg 4
58509 Lüdenscheid

wolfgang.ewald@spd-regionalrat-arnsberg.de
www.spd-regionalrat-arnsberg.de

Geschäftstelle:
Gritta Goesmann
Gerstenkamp 6
59872 Meschede
gritta.goesmann@spd-regionalrat-arnsberg.de
www.spd-regionalrat-arnsberg.de

0170 / 5537876

08.03.2010

Bahnhausmodernisierungsoffensive (1. Stufe)

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident!

In der Sitzung der Verkehrskommission am 22. November 2007 wurde zu TOP 7: Sachstand Modernisierung Bahnhöfe eine Liste mit Bahnhausmaßnahmen im Zuständigkeitsbereich der BR Arnsberg vorgelegt.

In dieser Liste war die Fertigstellung einzelner Maßnahmen für die Folgezeit (u.a. bis März 2009) angekündigt:

Grevenbrück, vorgesehen für Dezember 2008
Kirchhundem, vorgesehen für Juni 2008
Kreuztal, vorgesehen für Juni 2008
Littfeld, vorgesehen für Juni 2008
Plettenberg, vorgesehen für Dezember 2008
Siegen-Weidenau, vorgesehen für Mai 2008
Soest, vorgesehen für März 2009

Die SPD-Fraktion möchte wissen, ob und wann diese Projekte abgeschlossen waren. Über eine kurze Information dazu würde ich mich freuen.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Ewald
Vorsitzender



SPD im Regionalrat des Regierungsbezirks Arnsberg
Wolfgang Ewald, Vorsitzender, Cheruskerweg 4, 58509 Lüdenscheid

Herrn
Regierungspräsident
Helmut Diegel
Bezirksregierung Arnsberg
Seibertzstraße 1
59821 Arnsberg

Wolfgang Ewald
Vorsitzender
Cheruskerweg 4
58509 Lüdenscheid

wolfgang.ewald@spd-regionalrat-arnsberg.de
www.spd-regionalrat-arnsberg.de

Geschäftsstelle:
Gritta Goesmann
Gerstenkamp 6
59872 Meschede
0170 / 553 78 76

gritta.goesmann@spd-regionalrat-arnsberg.de

18.03.2010

Umsetzung Wettbewerbsverfahren

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident!

In seiner Sitzung am 26.03.2009 hat der Regionalrat als Schwerpunktthema die Durchführung der Ziel-2-Wettbewerbe und Auswertung der Ergebnisse beraten. Darauf Bezug nehmend möchte ich Sie um eine aktuelle Auswertung aller Förderwettbewerbe im Regierungsbezirk Arnsberg bitten. Darüber hinaus bitten wir um schriftliche Beantwortung folgender Fragen in der Regionalratssitzung am 25.03.2010:

1. Hat es auch aus dem Regierungsbezirk Arnsberg Bewerbungen zu dem aus der Presse bekannten Wettbewerb InnoMeT.NRW gegeben? Für den Fall, dass es keine Bewerbungen gegeben hat: Welchen Grund sieht die Bezirksregierung Arnsberg für ein Ausbleiben der Bewerbungen aus der Region?
2. Wie hat sich die Teilnahme an den Förderwettbewerben im letzten Jahr entwickelt?
3. Was ist aus den bisherigen Siegerprojekten geworden?
4. Was ist aus den von Herrn Pendzich und anderen in der Diskussion mit Herrn Hennicke, MWME NRW anlässlich der Regionalratssitzung im März 2009 geäußerten Anregungen und Kritikpunkten geworden?

Darüber hinaus regen wir an, zumindest in der Strukturkommission regelmäßig über die Umsetzung der Förderwettbewerbe zu berichten.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Ewald
Vorsitzender



Bezirksregierung Arnsberg

Geschäftsstelle des Regionalrates

E-Mail-Adresse: geschaeftsstelle.regionalrat@bezreg-arnsberg.nrw.de

Tel.: 02931/82-2341, 2324 oder 2306 **Fax.:** 02931/82-46177

Arnsberg, den 24. März 2010

An die
Mitglieder des Regionalrates
und die Kommissionsmitglieder,
die nicht Mitglieder des Regionalrates sind

zu TOP 8: Anfragen

Anfrage der SPD-Fraktion zu der Umsetzung der Ziel 2-Wettbewerbsverfahren

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Anfrage der SPD-Fraktion zu der Umsetzung der Ziel 2-Wettbewerbsverfahren vom 18. März 2010, die Ihnen bereits per E-Mail zugegangen ist, wird wie folgt beantwortet:

Frage 1:

Hat es auch aus dem Regierungsbezirk Arnsberg Bewerbungen zu dem aus der Presse bekannten Wettbewerb InnoMeT.NRW gegeben? Für den Fall, dass es keine Bewerbungen gegeben hat: Welchen Grund sieht die Bezirksregierung Arnsberg für ein Ausbleiben der Bewerbungen aus der Region?

Antwort:

Aus dem Regierungsbezirk Arnsberg wurden nach Angaben des für den Wettbewerb InnoMeT.NRW zuständigen Projektträgers Forschungszentrum Jülich keine Bewerbungen zu diesem Wettbewerb eingereicht. Im Zuge des Wettbewerbsaufrufs ist aus dem Raum Bochum Interesse an einer Teilnahme geäußert worden, dieses hat sich jedoch nicht in Form einer Bewerbung manifestiert (siehe hierzu auch die beigefügte Teilnehmerliste der Informationsveranstaltung vom 28. Mai 2009 in Bochum – Anlage 1).

Frage 2:

Wie hat sich die Teilnahme an den Förderwettbewerben im letzten Jahr entwickelt?

Antwort:

Die Entwicklung ist in den nachfolgenden Tabellen dargestellt.

NRW:

Wettbewerb	Teilnehmer Informationsveranstaltungen	Anzahl Beratungsgesprächen	Anzahl Projektskizzen-einreichungen	Anzahl Gewinnerprojekte
Hightech.NRW	↗	↗	↗	↘
Transfer.NRW - S2B	↘	→	→	→
Create.NRW	↗	↗	↗	↗
Bio.NRW	↗	↗	↗	↗
Chek.NRW	→	↘	↘	↘
Energie.NRW	↗	↗	↘	↘
familie@unternehmen.NRW	↘	↘	↘	→
Automotive + Produktion.NRW	↘	↗	↘	↘
Transfer.NRW - FH Extra	-	↘	↘	-
Medien.NRW	↘	↘	↘	↗
NanoMikro+Werkstoffe.NRW	↗	↗	↗	-
alle Wettbewerbe	↘	↗	↘	↘

Regierungsbezirk Arnsberg: Entwicklung 2007/08 – 2009

	Skizzen	Gewinner
Automotive.NRW	↘	xxx
Produktion.NRW	↘	xxx
Bio.NRW	↗	xxx
CheK.NRW	↘	xxx
Create.NRW - Förderung	↗	↘
Energie.NRW	↘	→
familie(at)unternehmen.NRW	↘	→
Hightech.NRW	↗	↘
Transfer.NRW - Science-to-Business PreSeed	↗	→
Transfer.NRW - FH-Extra	↘	xxx
Medien.NRW	→	→

Beratungs- und Infogespräche und Zahl der Teilnehmer an Infoveranstaltungen können nicht regionalisiert ausgewertet werden!
Für NanoMikro+Werkstoffe.NRW gibt es noch keine regionalisierten Daten!

xxx = Die Auswahl der Gewinner durch die Wettbewerbs-Jury steht noch aus.

Frage 3:

Was ist aus den bisherigen Siegerprojekten geworden?

Antwort:

Als Anlage 2 ist eine detaillierte Aufschlüsselung der regionalen Verteilung sowie der Umsetzung der Siegerprojekte angefügt.

Frage 4:

Was ist aus den von Herrn Pendzich und anderen in der Diskussion mit Herrn Hennicke, MWME NRW anlässlich der Regionalratssitzung im März 2009 geäußerten Anregungen und Kritikpunkten geworden?

a) schriftliche Begründung der Entscheidung bei Ablehnung

Antwort:

Teilnehmer, die eine Projektskizze eingereicht haben und nicht zu den Gewinnern zählen, erhalten eine schriftliche Absage. In mündlichen Gesprächen mit den jeweils zuständigen Stellen können sie Antworten auf die Frage bekommen, wo Optimierungspunkte bei zukünftigen Bewerbungen sind. Laut Staatssekretärsbeschluss gibt es jedoch keine ausführliche schriftliche Begründung der Absage.

b) Eigenanteil der Kommunen:

Antwort:

Gemäß Nr. 2.3.3 und Nr. 2.4 VVG zu § 44 LHO (Verwaltungsvorschriften zur Landeshaushaltsordnung – Runderlass des Finanzministeriums vom 30.09.2003, zuletzt geändert durch Runderlass des Finanzministeriums vom 24.09.2007, MBI. NRW. 2007 S. 688) ist vom Zuwendungsempfänger ein aus eigenen Mitteln zu tragender Eigenanteil in Höhe von 10 vom Hundert der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben zu erbringen. Der Förderungsrahmen kann bei Anteil- und Festbetragsfinanzierung maximal 80 vom Hundert der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben betragen. Insbesondere der durch den Antragsteller zu erbringende Eigenanteil in Höhe von 10 vom Hundert der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben kann bei Anträgen, die von finanzschwachen Kommunen gestellt werden, zu Schwierigkeiten führen.

Auf Grund der gegenwärtigen Finanzsituation der Kommunen eröffnet § 28 Abs. 3 Haushaltsgesetz 2010 seit Neuestem für Kommunen ohne ausgeglichenen Haushalt und ohne genehmigtes Haushaltssicherungskonzept die Möglichkeit, in bestimmten Förderbereichen von den vg. Vorschriften der VVG zu § 44 LHO abzuweichen und einen Fördersatz von bis zu 90 vom Hundert der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben zu gewähren sowie darüber

hinaus zweckgebundene Spenden als Einnahmen für die Bemessung der Zuwendung außer Betracht zu lassen, so dass diese insoweit den verbleibenden Eigenanteil des Zuwendungsempfängers ersetzen können.

Im Folgenden ist der Wortlaut der vg. Regelung wiedergegeben:

"§ 28 Haushaltsgesetz 2010

...(3) Ausnahmen von der Erbringung des kommunalen Eigenanteils

Abweichend von Nr. 2.3.3 und Nr. 2.4 VVG zu § 44 LHO (Verwaltungsvorschriften zur Landeshaushaltsordnung – Runderlass des Finanzministeriums vom 30.09.2003, zuletzt geändert durch Runderlass des Finanzministeriums vom 24.09.2007, MBl. NRW. 2007 S. 688) kann der Förderrahmen bis zu 90 vom Hundert der zuwendungsfähigen Ausgaben betragen. Zweckgebundene Spenden können für die Bemessung der Zuwendung außer Betracht bleiben und insoweit den verbleibenden Eigenanteil des Zuwendungsempfängers ersetzen. Die Regelungen nach den Sätzen 1 und 2 gelten ausschließlich für Kommunen ohne ausgeglichenen Haushalt und ohne genehmigtes Haushaltssicherungskonzept (Nothaushaltskommunen einschließlich überschuldeter Kommunen) in den folgenden investiven Förderbereichen:

- (a) Städtebauförderung – Unterpunkt Soziale Stadt*
- (b) Ökologie-Programm Emscher Lippe (ÖPEL)*
- (c) REGIONALEN*
- (d) Wasserrahmenrichtlinie*
- (e) Luftqualität*
- (f) Förderung von Kulturbauten*
- (g) Progres.nrw - European Energy Award.*

Diese Regelung geht abweichenden Bestimmungen bezüglich der Erbringung des kommunalen Eigenanteils in den Förderrichtlinien zu den vorstehenden Förderbereichen vor.“

Mit freundlichen Grüßen
gez. Helmut Diegel

ANLAGEN

Inno Met

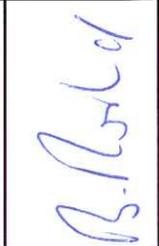
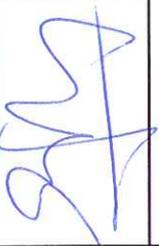
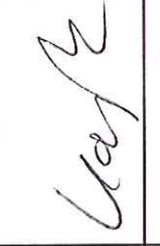
Informationsveranstaltung zum Wettbewerb InnoMet am 28.05.2009 - Ruhr-Universität Bochum

Bitte Kontaktdaten prüfen ggfs. ergänzen !!

Name/Vorname	Organisation	Straße	PLZ, Ort	Telefon	Fax	Email	Unterschrift
1 Güsgen, Herbert	HBS Health Business Solutions GmbH	Forumstrasse 26	41468 Neuss	02131-1249120		Herbert.guesgenghbsolutions.de	
2 Dr. Lehmkühler, Oliver	TOMOVATION GmbH	Erinstr. 28	44575 Castrop-Rauxel	17622106018	02305-54886819	olehmkuehler@tomovation.com	
3 Dr. Renners, Maria	Stadt Bochum, Wirtschaftsförderung	Jungesellenstraße 8	44787 Bochum	0234-9102432	0234-9102434	Mrenners@bochum.de	<i>Renners</i>
4 Prof. Dr. Schmitz, Georg	Ruhr-Universität Bochum	Universitätsstr. 150	44801 Bochum	0234-3227573	0234-3214872	georg.schmitz@rub.de	✓
5 Dipl.Inform. Weichert, Frank	Technische Universität Dortmund LS Informatik VII	Otto-Hahn-Str. 16	44221 Dortmund	0231-755-6324	0231-755-6122	frank.weichert@tu-dortmund.de	<i>WA</i>
6 Prof. Dr. Müller, Heinrich	Technische Universität Dortmund LS Informatik VII	Otto-Hahn-Str. 16	44221 Dortmund	0231-755-6324	0231-755-6121	mueller@ls7.cs.tu-dortmund.de	
7 Cremer, Katharina	Stapleline Medizintechnik GmbH	Universitätsstr. 90	44789 Bochum	0234-936-48713	0234-936-48712	kcremer@stapleline.com	<i>Kremer</i>
8 Boxbücher, Werner	Stapleline Medizintechnik GmbH	Universitätsstr. 90	44789 Bochum	0234-936-48700	0234-936-48712	info@stapleline.com	<i>Boxbücher</i>

Informationsveranstaltung zum Wettbewerb InnoMet am 28.05.2009 - Ruhr-Universität Bochum

Bitte Kontaktdaten prüfen ggfs. ergänzen !!

Name/Vorname	Organisation	Straße	PLZ, Ort	Telefon	Fax	Email	Unterschrift
9 Sandmeier, Jens	Brancheninitiative Gesundheitswirtschaft Südwestfalen	Lindenstr. 45	58762 Köln <i>Altena</i>	02352-927212	02352-927220	sandmeier@gws-mk.de	
10 Krause, Ralf	F.H. Papenmeier Gmbh & Co. KG	Talweg 2	58239 Schwerte	02304-205-152	02304-205-205	rk@papenmeier.de	
11 Prof. Dr. Hofmann, Martin	Ruhr-Universität Bochum		44780 Bochum	0234-3222259	0234-3214167	martin.hofmann@rub.de	
12 Dr. Rosenfeld, Bernd	chip GmbH	Universitätsstr. 142	44799 Bochum	0234-9706070	0234-9706060	b.rosenfeld@chip-tzr.de	
13 Dipl. Verwaltungswirt Kleine-Nathland, Frank	Wirtschaftsförderungsgesellschaft Hochsauerlandkreis mbH	Steinstraße 27	59872 Meschede	0291-941587	0291-941503	frank.kleine- nathland@hochsauerlandkreis. de	
14 Dr. Bourdos, Nikolaus	Ruhr-Universität Bochum	Universitätsstr. 150	44801 Bochum	0234-3229299	0234-3214131	nikolaus.bourdoss@uv.rub.de	
15 Vossiek, Henry	SYNAP GmbH Neue Medien	Munscheidstr. 14	45886 Geisenkirchen	0209-1671040	0209-1671041	henry.vossiek@synap.de	
16 Buschmeyer, Bettina	SYNAP GmbH Neue Medien	Munscheidstr. 14	45886 Geisenkirchen	0209-1671040	0209-1671041	bettina.buschmeyer@synap.de	

Informationsveranstaltung zum Wettbewerb InnoMet am 28.05.2009 - Ruhr-Universität Bochum

Bitte Kontaktdaten prüfen ggfs. ergänzen !!

Name/Vorname	Organisation	Straße	PLZ, Ort	Telefon	Fax	Email	Unterschrift
17 Dr. Markus Laub	Morphoplant GmbH	Universitätsstr. 136	44799 Bochum	0234-777287015		laub@morphoplant.de	
18 Dirk Sischka	Technische Universität Dortmund - Rehabilitationstechnologie	Emil-Figge-Str. 50	44221 Dortmund	0231-755 4587	0231-755 4558	dirk.sischka@tu-dortmund.de	
19 Dr. Christian Loehr	Knappschaftskrankenhaus Recklinghausen	Dorsteer Str. 151	455657 Recklinghausen	02361-56-83825	02361-56-3898	neuro-radiologie&kh-recklinghausen.de	
19 Dipl.-Kfm. Ekkehard Dörrenberg	W+K Beratung Aachen	Schlottfelderstr. 22d	52074 Aachen	0241-9319120	0241-9319080	doerrenberg@wukberatung.de	
21 Dipl.-Ing. Ines Alich	Ruhr-Universität Bochum - Lehrstuhl für Produktionssysteme	Universitätsstr. 150 - IB 2/133	44801 Bochum	0234-32 268 66	0243-32 06866	alich@lps.rub.de	
22 Dr. Uwe Kremer	MedEcon Ruhr GmbH	Universitätsstr. 142	44799 Bochum				
23 Dr. Denise Bogdanski	MedEcon Ruhr GmbH	Universitätsstr. 142	44799 Bochum	0234-978 36-80	0234-978 36-14	bogdanski@medeconruhr.de	
24 Dr. Hermann Monstadt	phenox GmbH	Luise-Meitner-Allee 31	44801 Bochum				

Name/Vorname	Organisation	Straße	PLZ, Ort	Telefon	Fax	Email	Unterschrift
25 ?	Pronetics GmbH	Hüttenstr. 3	44795 Bochum	0234-9430 545	0234-9430 536	info@pronetics.de	
26 Dr. Nils Bruwe	Knappschaftskrankenhaus Recklinghausen	Dorsteer Str. 151	45657 Recklinghausen	02361-56 83711	02361-56 3799	nils.bruwe@rub.de	✓
27 Prof. Dr. Bernd Harjes	Rheinische Fachhochschule Köln	Schaevenstr. 1-a-b	50676 Köln	0221-20 30 248		harjes@rfh-koeln.de	
28 Johannes Peuling	Entwicklungsgesellschaft Ruhr-Bochum mbH	Viktoriastraße 10	44787 Bochum	0234-307 99 10		noerenberg@egr.bochum.de	
29 von Hall, André	BioMedizin Zentrum Dortmund	Otto-Hahn-Str. 15	44787 Bochum	0231-9742164	0231-974198		✓
30 Dipl. Ing. Czechowicz, Alexander	Ruhr-Universität Bochum, Lehrstuhl für Produktionssysteme	Universitätsstr. 150	44801 Bochum	0234-32-26306	0234-32-06305	czechowicz@lps.rub.de	
31 Dipl.-Ing. A. Gropper	ILLAS-medical GmbH	Universitätsstr. 136	44799 Bochum	0234-8705050		info@illias-medical.de ag@illias-medical.de	
32 Pollack	IKK-170					Pollack@bockw.ikk.de	

Regionale Verteilung der eingereichten Projektskizzen, der "Siegerprojekte" und der bisherigen Bewilligungen im Rahmen der 1. Wettbewerbsrunde nach krfr. Städten und Kreisen * (Stand: 31.12.2009)

Anlage 2

Verwaltungsbezirk	Eingereichte Beiträge	Zur Förderung vorgeschlagene Beiträge	Einzelbewilligungen	EU- und Landeszuschuss	Anzahl		Summe in €
Düsseldorf, krfr. Stadt	66	10	7	3.522.899			
Duisburg, krfr. Stadt	62	25	10	37.344.185			
Essen, krfr. Stadt	71	11	6	8.529.563			
Krefeld, krfr. Stadt	17	2	2	1.597.525			
Mönchengladbach, krfr. Stadt	8	5	0	322.716			
Mülheim a.d. Ruhr, krfr. Stadt	17	4	1	3.350.835			
Oberhausen, krfr. Stadt	25	6	4	4.515.022			
Remscheid, krfr. Stadt	11	4	1	287.457			
Solingen, krfr. Stadt	18	7	0	439.344			
Wuppertal, krfr. Stadt	43	9	11	4.963.520			
Kreis Kleve	14	1	2	475.677			
Kreis Mettmann	25	8	10	2.098.851			
Rheinkreis Neuss	18	4	1	255.100			
Kreis Viersen	9	4	3	3.603.768			
Kreis Wesel	31	12	9	7.017.834			
Aachen, krfr. Stadt	144	68	25	37.344.897			
Bonn, krfr. Stadt	28	9	7	3.872.497			
Köln, krfr. Stadt	173	36	13	19.144.500			
Leverkusen, krfr. Stadt	14	1	0	421.428			
Kreis Aachen	18	5	18	2.030.530			
Kreis Düren	23	8	9	3.148.894			
Erfkreis	38	7	1	80.013			
Kreis Euskirchen	18	1	0	1.020.400			
Kreis Heinsberg	8	4	0				
Oberbergischer Kreis	17	4	1	307.201			
Rheinisch-Bergischer Kreis	10	2	1	55.000			
Rhein-Sieg-Kreis	36	13	9	5.871.481			
Bochum, krfr. Stadt	4	0	0				
Gelsenkirchen, krfr. Stadt	31	11	7	1.665.548			
Münster, krfr. Stadt	72	25	13	19.034.243			
Kreis Borken	25	9	9	2.715.604			
Kreis Coesfeld	9	4	1	273.034			
Kreis Recklinghausen	53	15	3	4.344.130			
Kreis Steinfurt	27	10	4	1.908.199			
Kreis Warendorf	20	2	2	128.238			
Bielefeld, krfr. Stadt	44	14	10	7.727.325			
Kreis Gütersloh	11	4	4	1.767.679			
Kreis Herford	12	5	1				
Kreis Höxter	17	5	3	3.066.112			
Kreis Lippe	33	10	3	4.149.512			
Kreis Minden-Lübbecke	23	6	4	3.744.103			
Kreis Paderborn	50	19	11	12.250.872			
Bochum, krfr. Stadt	85	27	11	17.188.618			
Dortmund, krfr. Stadt	140	44	33	20.104.564			
Hagen, krfr. Stadt	9	3	2	376.148			
Hamm, krfr. Stadt	20	3	1	253.400			
Herne, krfr. Stadt	4	0	0	400.012			
Ennepe-Ruhr-Kreis	42	13	3	2.039.020			
Hochsauerlandkreis	41	11	5	1.852.912			
Märkischer Kreis	31	10	6	5.850.748			
Kreis Olpe	5	4	0	420.149			
Kreis Siegen-Wittgenstein	38	12	7	4.455.120			
Kreis Soest	27	8	3	2.353.996			
Kreis Unna	34	6	1	2.690.087			
Regionsübergreifend			8	7.905.143			
Nordrhein-Westfalen	1869	550	306	280.285.652			
davon Ruhrgebiet (RVR) und Bergisches Städtedreieck	700	200	103	114.669.933			
davon Übriges NRW	1169	350	203	165.615.719			
Außerhalb NRW *)	8	2	0	0			
Insgesamt	1877	552	306	280.285.652			

	Eingereichte Beiträge	Zur Förderung vorgeschlagene Beiträge	Einzelbewilligungen	EU- und Landeszuschuss
RB Arnsberg	476	141	72	57.984.774
3.699.770	25,47%	25,64%	24,16%	21,29%
RB Düsseldorf	435	112	67	78.324.296
5.191.042	23,27%	20,36%	22,48%	28,76%
RB Köln	527	158	84	73.296.841
4.386.271	28,20%	28,73%	28,19%	26,91%
RB Münster	241	76	39	30.068.996
2.605.365	12,89%	13,82%	13,09%	11,04%
RB Detmold	190	63	36	32.705.603
2.050.638	10,17%	11,45%	12,08%	12,01%

Einwohnerzahlen

17.933.086

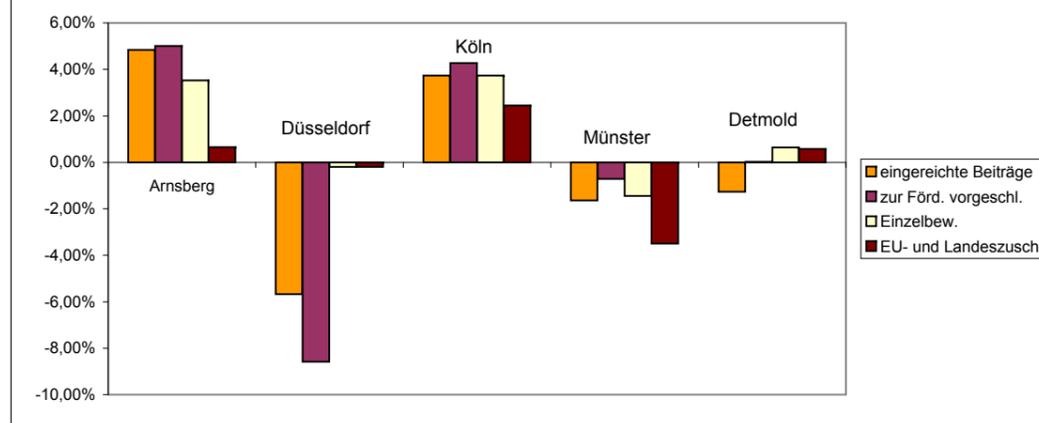
Gewichtung:

	Arnsberg	Düsseldorf	Köln	Münster	Detmold
Eingereichte Beiträge	4,84%	-5,67%	3,74%	-1,63%	-1,27%
Ranking	1	5	2	4	3
Zur Förd. Vorgeschl. Beiträge	5,01%	-8,58%	4,27%	-0,71%	0,02%
Ranking	1	5	2	4	3
Einzelbewilligungen	3,53%	-0,19%	3,73%	-1,44%	0,65%
Ranking	2	4	1	5	3
EU- und Landeszuschuss	0,66%	-0,19%	2,45%	-3,49%	0,57%
	2	4	1	5	3

Ranking:

	Ranking 1 Krit.	Ranking 2 Krit.	Ranking 3 Krit.	Ranking 4 Krit.	Summe
1 Arnsberg	1	1	2	2	6
1 Köln	2	2	1	1	6
3 Detmold	3	3	3	3	12
5 Düsseldorf	5	5	4	4	18
5 Münster	4	4	5	5	18

Vergleich Regierungsbezirke incl. Gewichtung



*) Regionale Zuordnung erfolgt über die Postanschrift des Einreichers des Wettbewerbsbeitrags

An
den Vorsitzenden des Regionalrates, Herrn H.-J. Droege
zur Weiterleitung an
den zukünftigen Vorsitzenden der Verkehrskommission
bei der Bezirksregierung Arnsberg
Seibertzstraße 1
59821 Arnsberg

Arnsberg, den 02. März 2010

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der CDU und SPD im Regionalrat Arnsberg zu TOP 7 der Sitzung der Verkehrskommission:

Die Verkehrskommission bittet den Vorsitzenden des Regionalrates, die Neufassung des ÖPNV-Gesetzes bezüglich der geplanten ÖPNV-Pauschale zur weiteren Beratung und Beschlussfassung auf die Tagesordnung der Sitzung des Regionalrates am 25.03.2010 zu setzen.

Die Verkehrskommission beauftragt die Bezirksregierung, zu der Sitzung des Regionalrates am 25. März die Kennzahlen nach dem neuen und alten Berechnungsschlüssel im ÖPNV-Gesetz NRW für die fünf südwestfälischen Kreise zusammenzustellen.

Die Verkehrskommission empfiehlt dem Regionalrat, die Bezirksregierung in seiner Sitzung am 25.03.2010 zu beauftragen, sich in den nächsten Monaten bei der Landesregierung aktiv für eine gerechte und auskömmliche Mittelverteilung einzusetzen und darüber in der nächsten oder übernächsten Sitzung des Regionalrates zu berichten.

Begründung:

Die ÖPNV-Pauschale und die Mittel nach §45a Personenbeförderungsgesetz werden ab 2011 lt. ÖPNV-Gesetz des Landes NRW zu einer neuen Pauschale zusammengelegt. In der Summe handelt es sich nach derzeitigem Erkenntnisstand um ca. 240 Mio Euro.

Der Gesetzgeber verbindet damit die Hoffnung auf einem Abbau von Bürokratie und größeren Gestaltungsräumen für die Aufgabenträger für den straßengebundenen ÖPNV und die Unternehmen.

Derzeit arbeitet die Landesregierung an einem Schlüssel, mit dessen Hilfe diese Mittel auf die Aufgabenträger verteilt werden sollen. Der daraus resultierende Interessengegensatz zwischen Ballungsräumen und ländlich geprägten Räumen ist ein wesentlicher Bestandteil der aktuellen Diskussion.

Heute schon sind die ländlichen Räume bei der Verteilung der Mittel nach dem alten Schlüssel deutlich unterrepräsentiert. So zeigt das Beispiel des Märkischen Kreises, der 2,5 Prozent der Bevölkerung und 3,1 Prozent der Fläche des Landes NRW hat, aber nur 1,9 Prozent der Mittel der alten Pauschale erhält.

Weiterer Vortrag bleibt vorbehalten.

Wolfgang Ewald

Fraktionsvorsitzender SPD

Elmar Reuter

Fraktionsvorsitzender CDU

CDU-Fraktion
SPD-Fraktion
im Regionalrat
des Regierungsbezirks Arnberg

An
den Vorsitzenden des Regionalrates
bei der Bezirksregierung Arnberg
Herrn Hermann-Josef Droege
Seibertzstraße 1
59821 Arnberg

Arnberg, den 24. März 2010

Sehr geehrter Herr Droege!

Zum Thema PPP im Straßenbau, TOP 10 der Regionalratssitzung haben sich die SPD-Fraktion und die CDU-Fraktion des Regionalrates auf folgenden Resolutionstext geeinigt, der nach entsprechendem Beschluss am 25.03.2010 an die Landesregierung, Herrn Minister Lutz Lienenkämper sowie Frau Ministerin Christa Thoben übersandt werden soll.

Wir würden Sie bitten, diesen Text zur Vorbereitung der Sitzung am 25.03.2010 per eMail an alle Mitglieder des Regionalrates zu senden.

Mit freundlichen Grüßen

Elmar Reuter
Vorsitzender CDU

Wolfgang Ewald
Vorsitzender SPD

**Resolution
des Regionalrats im Regierungsbezirk Arnsberg
„PPP im Straßenbau“**

A. Ausgangssituation:

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat vor einiger Zeit zwei Pilotvorhaben aufgelegt mit dem Ziel, die Sanierung und den Unterhalt von zweimal 100 km Landesstrassen in Südwestfalen durch private Unternehmer finanzieren und ausführen zu lassen. Es handelt sich um sog. Public-Private-Partnership-Modelle, abgekürzt PPP-Modelle. Beide Wettbewerbsverfahren stehen vor dem unmittelbaren Abschluss. Eine Vergabeentscheidung ist für den Juli 2010 vorgesehen.

Ein wesentliches politisches Ziel war die Einbindung mittelständischer Unternehmen. Die Verfahren sollten mittelstandsfreundlich ausgestaltet sein. In der Region Südwestfalen erwarten rund 100 mittelständische Unternehmen mit über 1000 Arbeitsplätzen eine faire Chance zur Teilnahme am Wettbewerb z.B. auch in der Form von Arbeitsgemeinschaften.

Die südwestfälischen Unternehmen haben sich in unterschiedlichen Konstellationen an der europaweiten Ausschreibung beteiligt. Ein Zuschlag an sie ist vermutlich nicht möglich.

Als wesentliche Hemmnisse für eine erfolgreiche Teilnahme des südwestfälischen Mittelstandes haben sich ergeben:

1. die Komplexität des Vergabeverfahrens (z.B. geforderte Referenzen, Transparenz von Bewertungskriterien, Vertragswerk erfordert hohe externe Beratungskosten für mittelständischer Bieter)
2. die ausgeschriebenen Losgrößen
3. vor allem die Schwierigkeiten des regionalen Kreditgewerbes, unter den vorgegebenen Bedingungen zinsgünstige und wettbewerbsfähige Vorfinanzierungen zur Verfügung zu stellen.

Es steht zu befürchten, dass große internationale Konzerne im Verein mit Großbanken diesen und weitere Wettbewerbe gewinnen werden, auf diese Weise in den Markt der Sanierung der öffentlichen Straßeninfrastruktur landes- und bundesweit eintreten und **auf Dauer** durch den Einsatz von Leiharbeitskräften aus Billiglohnländern den Mittelstand und die von ihm bereitgestellten Arbeitsplätze existentiell bedrohen.

B. Forderungen an die Landesregierung:

Der Regionalrat fordert deshalb die Landesregierung auf:

1. Das Vergabeverfahren ist einzustellen, da das wesentliche Ziel, dem Mittelstand eine faire Chance zur Teilnahme am Wettbewerb zu geben, aus den zuvor genannten Gründen (Komplexität des Verfahrens, Losgrößen, „Kreditklemme“) aktuell nicht erreicht werden kann.
2. Es müssen in künftigen Verfahren mittelstandfreundliche Losgrößen gewählt werden. Eine Losgröße von 100 km widerspricht dem Ziel der Mittelstandsfreundlichkeit.
3. Die Landesregierung wird in der Presse zitiert mit der Absicht, weitere PPP-Modelle auf den Weg zu bringen (u.a. Ortsumgehung Kierspe). Diese Überlegungen sind solange zurückzustellen, bis die Landesregierung die tatsächliche Mittelstandsfreundlichkeit aufgrund von Erfahrungen in sachgerecht angelegten Pilotvorhaben verifiziert hat.

Wilnsdorf, den 25. März 2010
Hermann-Josef Droege
Vorsitzender des Regionalrates
im Regierungsbezirk Amsberg

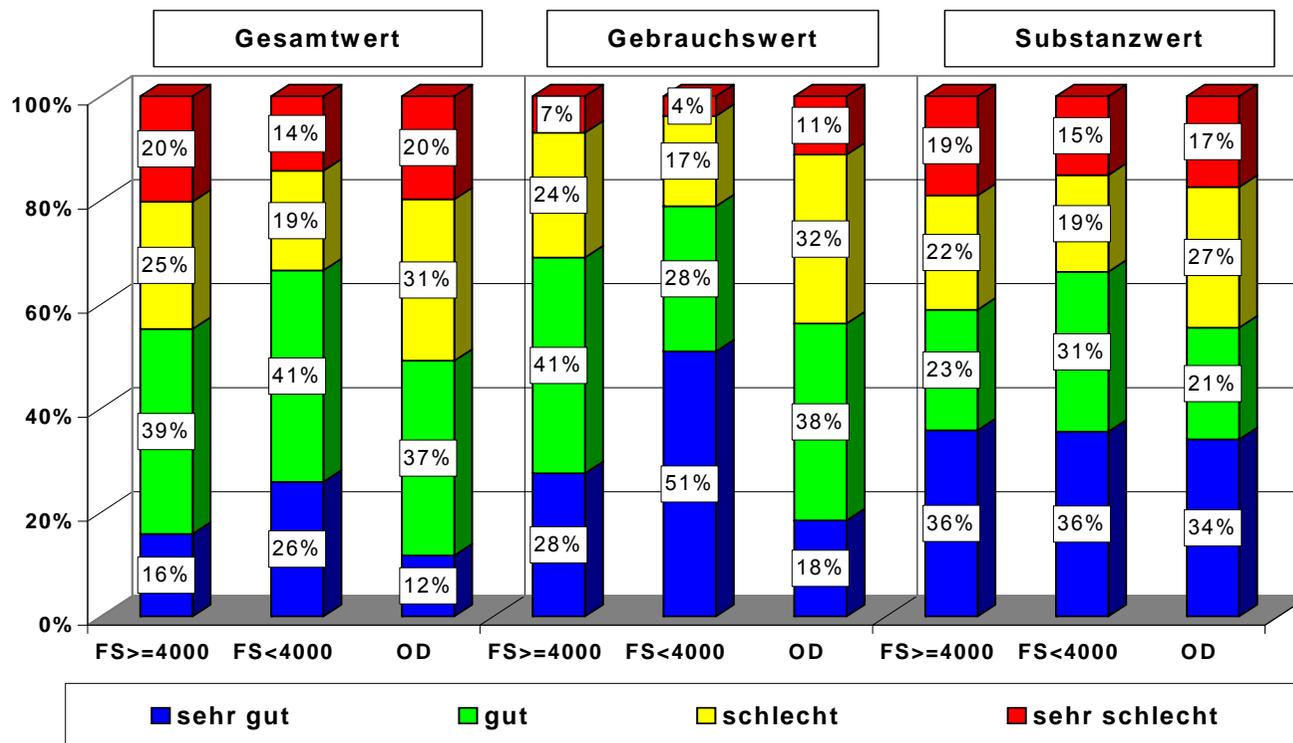


Strukturkommission Regionalrat Arnsberg
PPP – Landesstraßenerhaltung in NRW

Kommunale Straßen	Landesstraßen	Bundesfernstraßen
<ul style="list-style-type: none"> • Neubau Ortsumgehung Harsewinkel (Landesförderung) • Erhaltung Straßennetz Kreis Lippe 	<ul style="list-style-type: none"> • Erhaltung 100 km-Netz Südwestfalen • Erhaltung 100 km-Netz Sauerland-Hochstift 	<ul style="list-style-type: none"> • A-Modell A 1/A 30 Münster (2. Staffel – A-Modelle/ Ausbau und Erhaltung)
<ul style="list-style-type: none"> • Betriebsphase 	<ul style="list-style-type: none"> • Verhandlungsverfahren Vertragsbeginn 2010 	<ul style="list-style-type: none"> • Vorbereitende Untersuchung

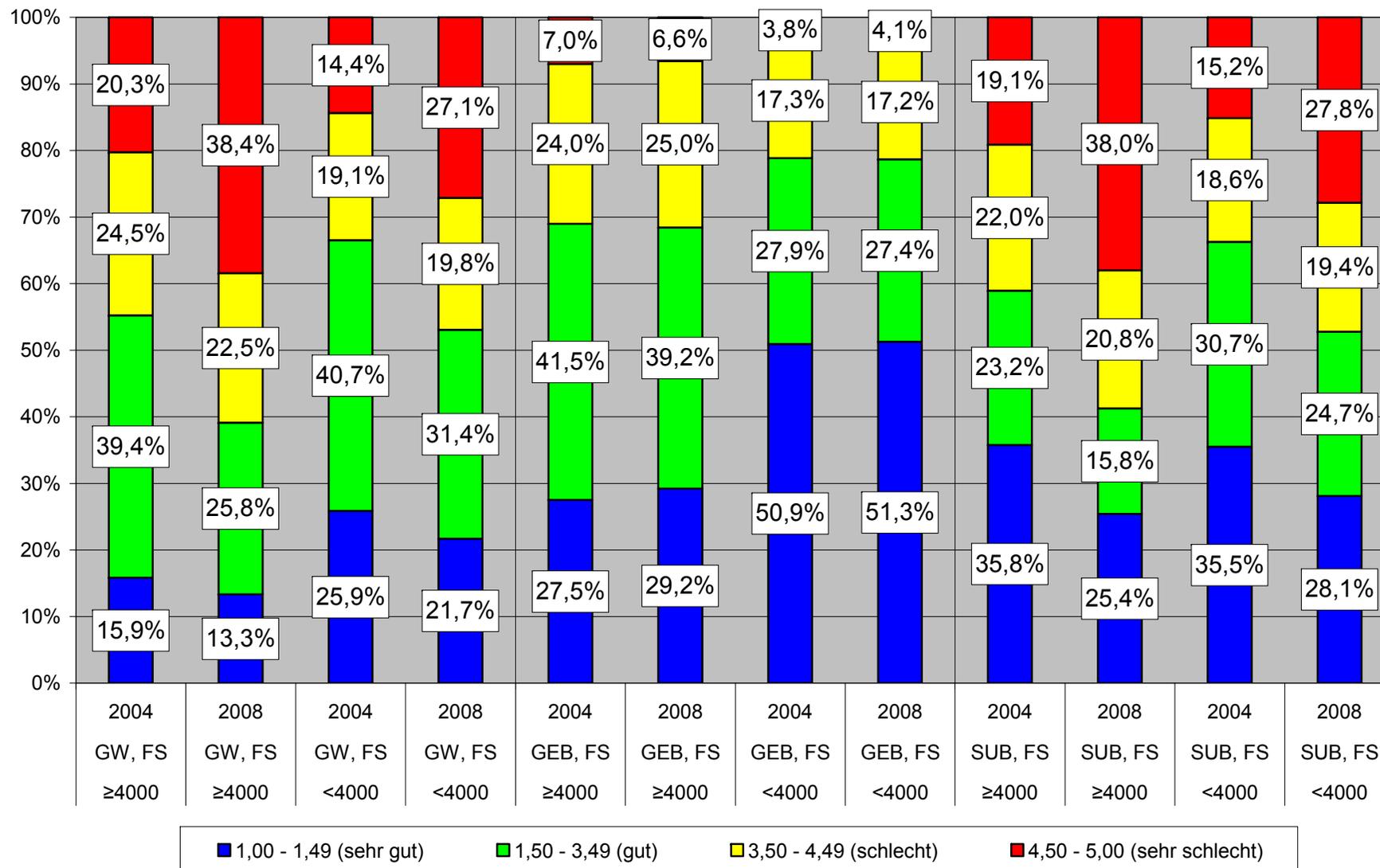
- **geringer Neu- und Ausbaubedarf, hoher Erhaltungsrückstand**
- **gebrauchswertorientierte Erhaltung ausschöpfen**
- **sehr unterschiedliche Ausbauzustände und zum Teil geringe Netzbelastungen**
- **zahlreiche Schnittstellen (Versorgungsträger und Kreuzungen)**
- **standardgerechter Nachholbedarf großer Netzteile nicht finanzierbar**
- **keine Refinanzierungsmöglichkeiten über Nutzergebühren**

Freie Strecke (FS) und Ortsdurchfahrt (OD)

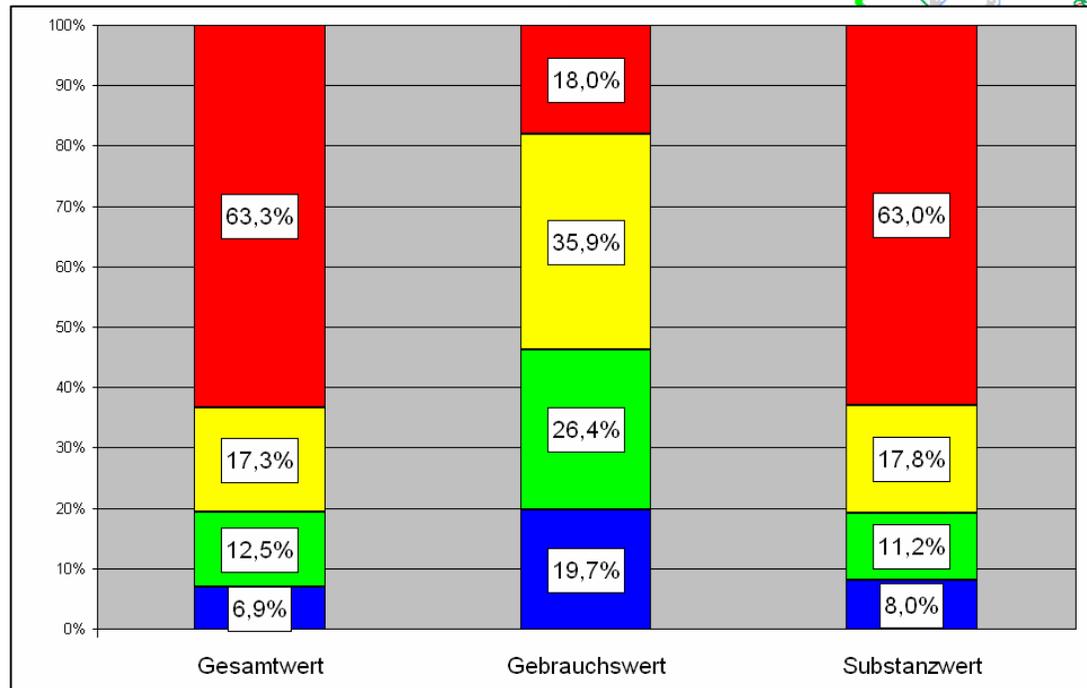
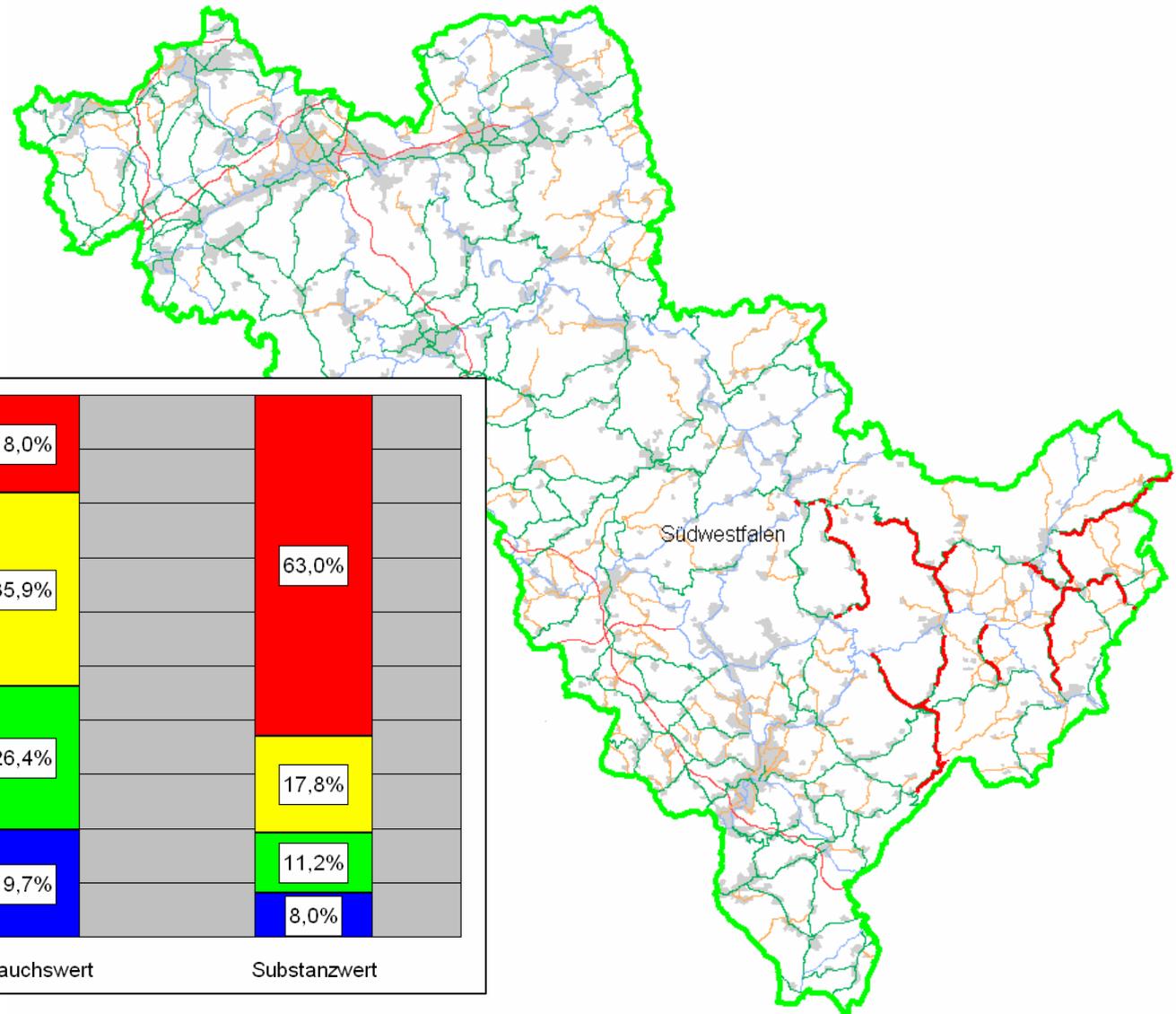


Vergleich ZEB Landesstraßen 2004 - 2008

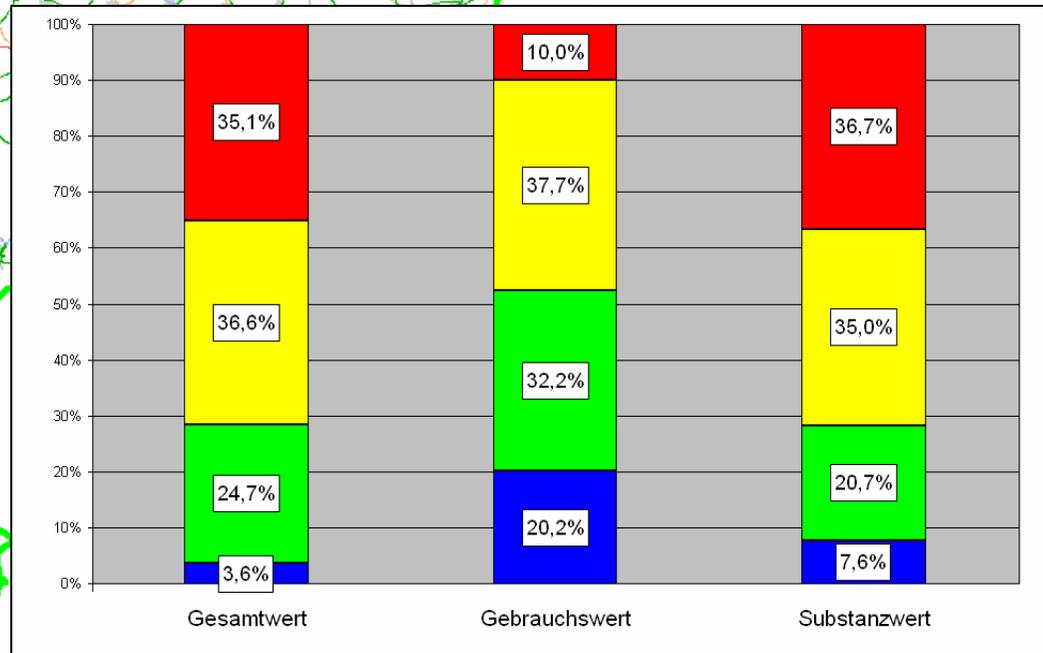
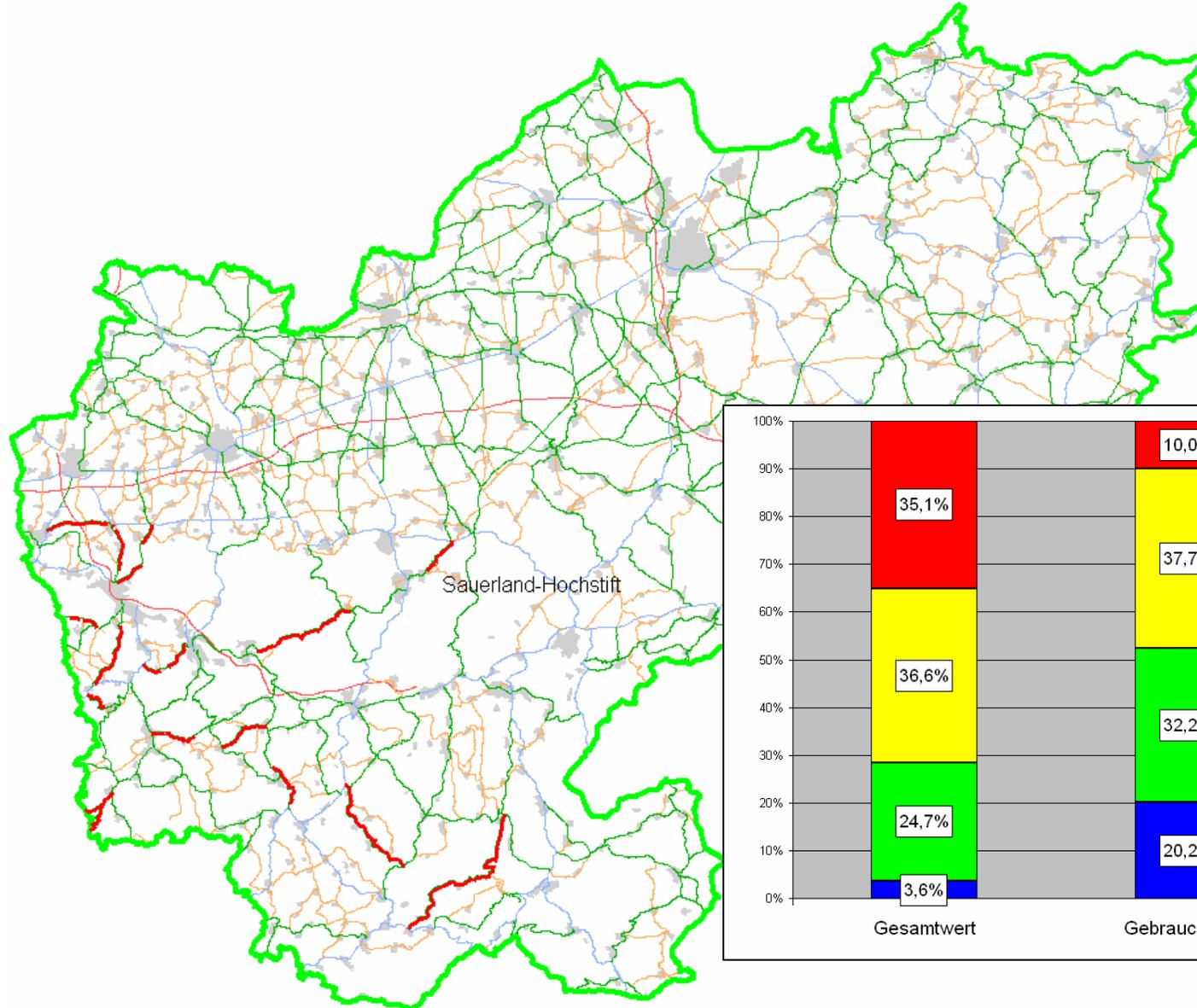
Entwicklung Freie Strecke nach DTV_(Kfz)



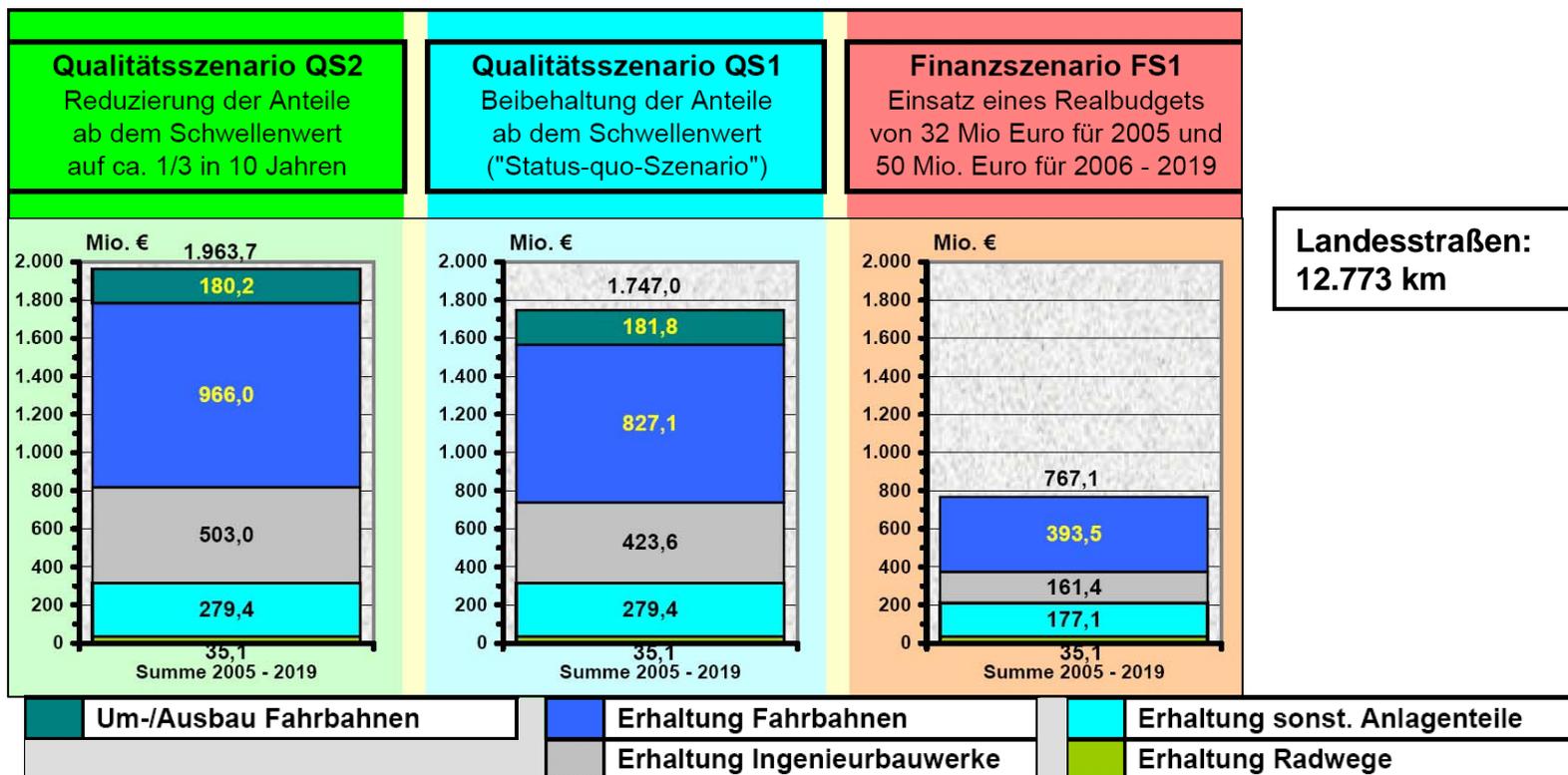
Zustand PPP-Strecken Regionalniederlassung Südwestfalen nach ZEB Landesstraßen 2008



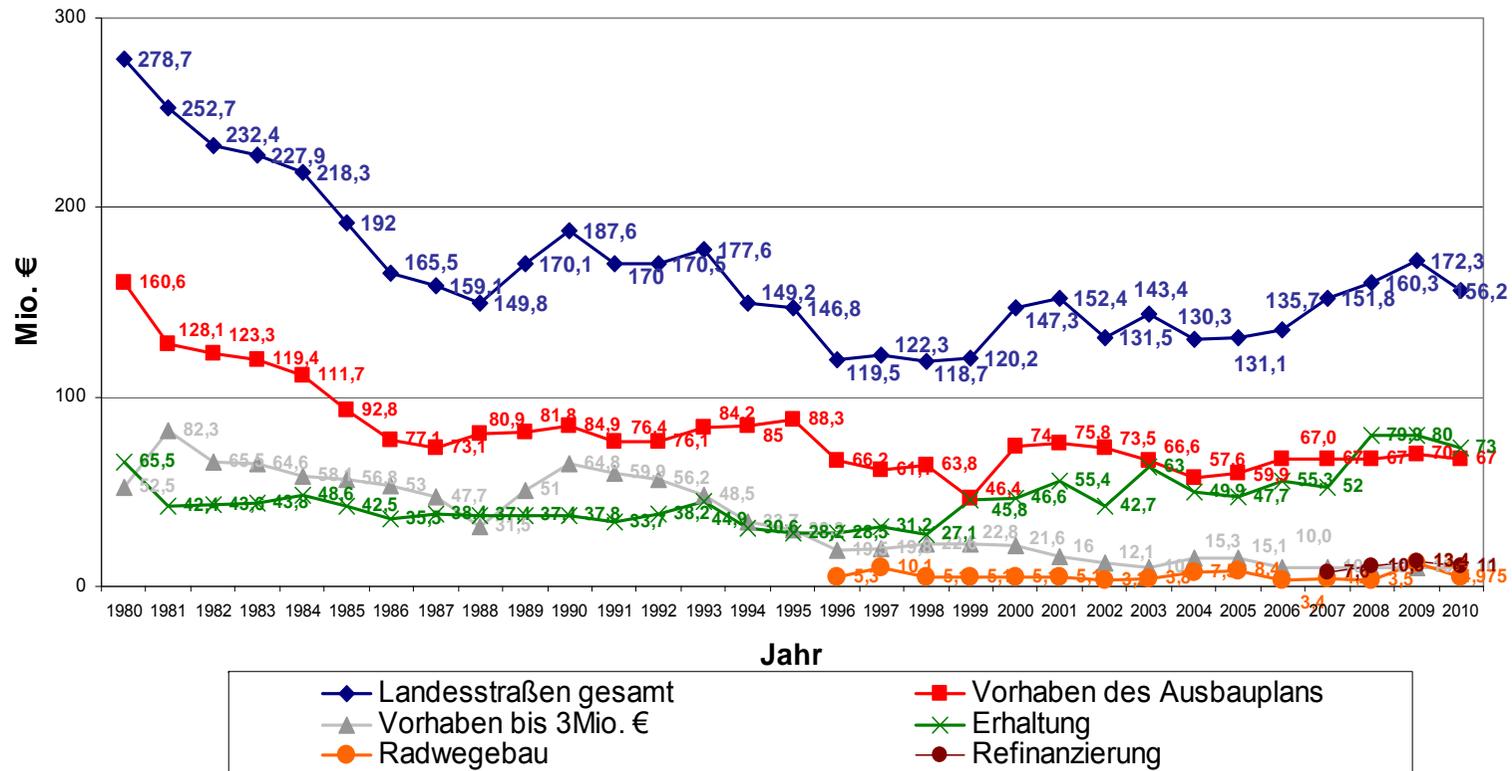
Zustand PPP-Strecken Regionalniederlassung Sauerland-Hochstift nach ZEB Landesstraßen 2008



Prognostizierter Finanzbedarf bis 2019



Investitionen in die Landesstraßen 1980 - 2009



- **zeitnahe Verbesserung der Gebrauchsfähigkeit ausgewählter Landesstraßennetze**
- **Ausschöpfung von Effizienz- und Innovationsvorteilen durch Bestimmung der Erhaltungsstrategie im Wettbewerb**
- **langfristige Kosten- und Finanzierungssicherheit**
- **konstantes Erhaltungsentgelt**
- **verlässliches Projekt- und Qualitätsmanagement**
- **mittelstandsfreundlicher Projektzuschnitt mit ausgewogener Verteilung der Risiken**

- **Erhaltung von jeweils 100 km langen mittelstandsfreundlichen Netzen (weitgehend freie Strecken/Hocheinbau), Brücken nur bis 10 m Stützweite**
- **Herstellung des vertraglich fixierten Soll-Zustandes in 3 Jahren**
- **Erhaltung des vorgegebenen Qualitätsniveaus über 16 Jahre**
- **Verzicht auf Vorgabe technischer Standards**
- **keine verbindliche Leistungsbeschreibung des AG**
- **Verzicht auf Vergabe des Betriebsdienstes**
- **einredefreie Forfaitierung nachgewiesener Leistungen (schrittweise)**
- **Malusregelung für Abweichungen vom Sollzustand (nach ZEB-Prüfungen)**

- **Konstantes Entgelt ab dem ersten Vertragsjahr**
 - **Malussystem: Malus auf Zahlungen für die laufende Erhaltung in Abhängigkeit vom Anteil unzureichend erhaltener Streckenabschnitte**
 - **Anpassungsklausel:**
 - **Verkehrsmenge**
 - **Preisniveau**
 - **Forfaitierung mit dreistufigem Einredeverzicht**
 - **Abnahme jeweils am Ende der ersten drei Vertragsjahre**
 - **Jahre 1 + 2: 90% des jährlichen Investitionsvolumens**
 - **Jahr 3: Gesamtinvestitionsvolumen zzgl. der 10% der Jahre 1+2**

- **Abschluss der vorläufigen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung: Mai 2008**
- **Vorentscheidung für oder gegen eine PPP-Ausschreibung: Juni 2008**
- **Sicherstellung der haushaltsmäßigen Finanzierung: Februar 2009**
- **Beginn des Teilnahmewettbewerbs (EU-Bekanntmachung): Januar 2009**
- **Angebotsaufforderung 2. Angebotsphase: März 2010**
- **Abschließende Wirtschaftlichkeitsuntersuchung: Juni 2010**
- **Zuschlagserteilung: Juli 2010**
- **Vertragsbeginn: 01.10.2010**

- **Verhandlungsverfahren und Erfahrungsaustausch dienen der Optimierung des Projektvertrages und der möglichen Zusammenarbeit**
- **Risikoübertragung auf den Einflussbereich des AN begrenzen, sonst teuer**
- **Möglichkeiten individueller Optimierung der Erhaltungsstrategie (Erhaltungsstrategie im Wettbewerb) werden kaum genutzt**
- **Forfaitierung und Sicherheitenkonzepte der Banken begünstigen konventionelle Leistungserstellung in den ersten 3 Vertragsjahren**

Risiken:

- Bei den angesprochenen Pilotprojekten sind die Risiken hinsichtlich Verkehrsentwicklung und Baugrund für jede Firma einschätzbar und letztendlich nicht als Risiko zu bezeichnen, da die Straßen bereits seit Jahren ohne Baugrundschäden betrieben werden. Die Verkehrsentwicklung lässt sich anhand der Straßenverkehrszählungen der vergangenen Jahre nachvollziehen. Bei den hier angesprochenen Strecken zeigen sich überwiegend stagnierende und zum Teil rückläufige Verkehrszahlen.
- Durch die vertragliche Vereinbarung eines Bruttopreisindexes ist das Risiko des Auftragnehmers im Hinblick auf die Umsatzsteuererhöhung minimiert. Der vereinbarte Baupreisindex selber setzt sich aus den für diese Projekte relevanten Gewerken zusammen. (Eine einseitige Ausrichtung des Baupreisindexes auf Bitumen und Energie würde den Auftragnehmer gegenüber dem Auftraggeber unangemessen bevorteilen.)

Finanzierung:

- **Hinsichtlich möglicher Ungleichbehandlungen bei der Finanzierung und Bürgschaften im Rahmen von PPP-Projekten liegen keine Erkenntnisse vor, die die Aussagen der Initiative bestätigen können.**
- **Gleichwohl ist zu vermuten, dass die Banken auch aufgrund der Finanzkrise zurückhaltend gegenüber dem Mittelstand agieren. Aus den Erfahrungen im Verhandlungsverfahren ist zu bestätigen, dass die Projektgröße am unteren Limit des „Finanzierungsinteresses“ der Banken liegt.**

Intransparentes Verhandlungsverfahren:

- Die Bestandsdaten 2008 sind den Bietern als zusätzliche Information überlassen worden. Es ist den Bietern freigestellt, diese Daten oder eigene Erhebungen seiner Kalkulation zugrunde zu legen. Weiterhin ist allen Bietern bekannt, dass bis zur Auftragserteilung 2 weitere Winter ohne Aktualisierung der Bestandsdaten im Erhaltungskonzept und damit in der Kalkulation zu berücksichtigen sind.
- Gerade im Hinblick auf die Fachkenntnisse und Leistungsstärke der mittelständischen Firmen hat die Straßenbauverwaltung seine Erwartungen gesetzt, dass aufgrund ihrer Ortskenntnis diese Firmen innovative und bedarfsangepasste Erhaltungskonzepte in das Verfahren einbringen. Diese Erwartungen wurden in keiner Weise erfüllt.
- Zum angesprochenen Verhandlungsverfahren wird angemerkt, dass gerade dieses Verfahren den beteiligten Firmen die Möglichkeit gibt, Einfluss auf die Projektgestaltung zu nehmen und auf entsprechende vertragliche Änderungen einzuwirken.

Allgemein:

- Bei den hier vorgesehenen Pilotprojekten zur Straßenerhaltung betreten Straßenbauverwaltung wie beteiligte Baufirmen Neuland. Hierzu ist es nicht unüblich zur partnerschaftlichen Vertragsmodellierung beratende Fachkompetenz hinzu zu ziehen.
- Projektgröße und Laufzeit wurden im Rahmen eines Workshops im Zuge der Machbarkeitsstudie mit dem Baugewerbe erörtert. Der jetzige Projektzuschnitt ist u. a. das Ergebnis aus den Erkenntnissen des Workshops.